

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Unia-Woche gegen Rassismus: Lakna singt und was sonst noch läuft. Seite 2

**Gottlieb «Dutti»
Duttweiler († 73)**

**Jetzt
rede
ich!**

Der **Migros-Gründer** über
das **Firmen-Jubiläum**,
Arbeitsbedingungen und
die **Rolle der Frau.** Seiten 3-5

Abhebende Apps

Tiktok, Twitch und Bereal. Was für die einen wie böhmische Dörfer klingt, sind die Trend-Apps der Jugendlichen. Die 15jährige Mia erklärt sie. Seiten 18-19

Adieu, Kollege Peter!

Peter Bichsel ist tot. Der Schriftsteller war überzeugter Linker und treuer Gewerkschafter. Ein Nachruf. Seite 17



workedito
Anne-Sophie Zbinden

DER KLEINE FASCHIST

«Die Angst vor dem Fremden sitzt tief in uns allen drin. In unseren Herzen wohnt ein kleiner Faschist.» Zwei Sätze, die sitzen. Von einem, dessen nasale Stimme für immer verstummt ist: Peter Bichsel. Und weiter: «Die Schweiz hatte bereits ein Ausländerproblem, bevor sie Ausländer hatte.» Denn die Schweiz funktioniert nur, wenn sie Feindbilder habe, die Schweiz wolle bedroht sein.

Wir sollten uns alle hin und wieder fragen: Kleiner Faschist, wie gross bist du heute?

Mitten ins Schwarze, schon wieder. Das Interview gab der Autor und Gewerkschafter Jahre vor dem aktuellen faschistischen Frühling.

Ex-work-Chefredaktorin Marie-Josée Kuhn hat es 2011 geführt. Und sie hat jetzt auch Bichsels Wirken gewürdigt (Seite 17).

MASSIV. Bichsel hat recht. Die Schweiz hat ein Rassismusproblem. Tendenz steigend. Zum Beispiel: Ein Kunde beschwert sich über Frau H., macht rassistische Bemerkungen und weigert sich aufgrund ihrer Herkunft, von ihr bedient zu werden. Ihr Vorgesetzter spielt den Vorfall herunter und gibt sogar Frau H. selbst die Schuld daran. Oder Frau X.: Sie macht ein Praktikum als Krankenpflegerin und trägt ein Kopftuch. Die Praktikumsleiterin bemängelt ihre Kleidung und schlägt eine Lycra-Mütze als Ersatz vor. Das möchte Frau X. nicht. Sie zeigt sich aber offen für andere Kleidungsoptionen. Die Praktikumsleiterin bleibt unnachgiebig. Frau X. bricht ihr Praktikum widerwillig ab. Dies sind zwei von 1058 Fällen, welche die Schweizer Beratungsstellen für Rassismus im Jahr 2023 registriert haben. Die Dunkelziffer dürfte massiv höher sein.

ENORM. Ein rassistischer Witz vom Arbeitskollegen, eine herabwürdigende Bemerkung vom Chef: über die Hälfte der rassistischen Diskriminierung geschieht am Arbeitsplatz. Für diejenigen, die solche und schlimmere Vorfälle immer wieder erleben, seien sie eine enorme Belastung, sagt Unia-Migrationsexpertin Nivalda Still (diese Seite). Aktuelle Forschung zeigt, dass bei der Arbeit und bei der Stellensuche besonders Menschen aus Südosteuropa, dem Balkan und dem südlichen Afrika betroffen sind. Oft nicht wegen der Nationalität, sondern aufgrund einer imaginären «Andersartigkeit».

Rassistische Diskriminierung führt zu höherer Arbeitslosigkeit und tieferen Löhnen. Betroffen sind insbesondere Arbeitnehmende in Tieflohnbranchen, etwa in der Reinigung, der Gastrobranche, im Detailhandel oder in der Pflege.

DEUTLICH. Doch haben wir wirklich alle einen kleinen Faschisten im Herzen? Wenig ist bekannt über die Täterinnen und Täter. Erfasst sind nur Fälle, mit denen sich ein Gericht oder die Polizei befasst hat. Über Alltagsrassismus sagen diese Zahlen absolut nichts aus. Aber sie zeigen: Schweizer Männer sind unter der Täterschaft deutlich übervertreten.

Auf der Klaviatur der Angst vor dem Fremden, die uns allen innewohnt, spielen die Parteien rechtsausen mit Bravour. Und nicht erst seit heute. Deshalb sollten wir uns alle hin und wieder ganz in Bichselscher Manier fragen: Kleiner Faschist, wie gross bist du heute?

Unia-Aktionswoche gegen Rassismus In welcher Hinsicht bin auch ich rassistisch?

Vom 15. bis 21. März findet die Aktionswoche gegen Rassismus statt. Unia-Migrationssekretärin Nivalda Still (54) spricht über beängstigende Entwicklungen und was wir dagegen tun können.

JULIA NEUKOMM

work: Frau Still, was können wir alle gegen Rassismus tun?



Nivalda Still.

FOTO: JUN

Nivalda Still: Es ist wichtig, dass wir uns alle engagieren. Rassismus kann niemand allein bekämpfen. Nur wenn wir alle aktiv dagegen vorgehen, können wir etwas verändern. Wir alle haben die Verantwortung, uns selbst kritisch zu hinterfragen: In welcher Hinsicht bin auch ich rassistisch? Veränderung beginnt bei uns selbst und wirkt sich auf die gesamte Gesellschaft aus. Und das bedeutet viel Arbeit. Wir haben noch viel zu tun.

Wie zeigt sich Rassismus im Alltag?

Ich habe selbst einen Migrationshintergrund und aus eigener Erfahrung erlebt, wie schwierig das sein kann – im Alltag und in nahezu jedem Bereich des Lebens. Dieser strukturelle Rassismus ist allgegenwärtig. Der jüngste Bericht der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zeigt, dass rassistische Diskriminierung in fast allen Lebensbereichen zugenommen hat. Mikroaggressionen passieren ständig – oft unbemerkt von denen, die nicht betroffen sind. Doch für diejenigen, die sie immer wieder erleben, sind sie eine enorme Belastung.

Welche Rolle spielen Gewerkschaften im Kampf gegen Rassismus?

Als Unia müssen wir Rassismus aktiv bekämpfen. Denn die Mehrheit unserer Mitglieder hat einen Migrationshintergrund. Das dürfen wir nicht vergessen. Rassismus verschwindet nicht von heute auf morgen, aber wir dürfen das Thema nie aus den Augen verlieren. Wer nicht selbst betroffen ist, mag bei diesem Thema denken: «Nicht schon wieder.» Doch

genau das ist nötig! Als Gewerkschaft haben wir die Verantwortung, Rassismus konsequent anzusprechen – nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Wir haben die Mittel, um echte Veränderungen zu bewirken. Durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) sichern wir Mindestlöhne, unabhängig von Hautfarbe oder Religion.

Wir setzen uns auch für die Anerkennung ausländischer Diplome ein. Das System ist kompliziert, und es gibt noch viele Hürden. Zudem fordern wir von Arbeitgebern, Verantwortung zu übernehmen und Massnahmen zu ergreifen, um Diskriminierung am Arbeitsplatz zu verhindern.

Wie können wir reagieren, wenn wir Rassismus erleben?

Wenn man Rassismus erlebt, reagiert man oft nicht sofort. Stattdessen fragt man sich: War das wirklich so schlimm, oder übertreibe ich?

Die neue Unia-Broschüre gegen Rassismus sensibilisiert für solche Situationen und zeigt, wie man sich dagegen wehren kann. Diese Informationen sind entscheidend, um sich zu schützen und aktiv dagegen vorzugehen.

Wie beeinflusst die aktuelle politische Situation die Debatte über Rassismus in der Arbeitswelt?

In der Politik nehmen rassistische Tendenzen immer mehr zu. Zum Beispiel durch die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP. Solche Initiativen sind gefährlich, weil sie die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund weiter verschärfen.

Menschen mit Migrationshintergrund haben oft schlechte Arbeitsbedingungen, verdienen weniger und müssen härter um Arbeitsstellen kämpfen, wenn es keinen GAV gibt. Gleichzeitig gibt es immer wieder Fälle rechtsextremer Gewalt. Auch die aktuelle Politik in den USA unter Donald Trump zeigt, wie sich migrationsfeindliche Massnahmen auf das Weltgeschehen auswirken. Das ist beängstigend.

Gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns klar gegen Rassismus positionieren und das Thema immer wieder ansprechen. Rassismus ist tief in der Gesellschaft verankert – und Solidarität ist heute wichtiger denn je.



Beschimpft und angegriffen: Rassismus in der Schweiz

Die Nachbarin, der Arbeitskollege, der Sitznachbar im Bus oder die Sporttrainerin – Rassismus betrifft alle Lebensbereiche. In den letzten fünf Jahren haben 17 Prozent der Schweizer Bevölkerung rassistische Diskriminierung erlebt, schreibt

Die Dunkelziffer ist hoch, viele melden ihre Erfahrungen nicht.

die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) im aktuellen Monitoring. Das ist jede sechste Person und entspricht 1,2 Millionen Menschen zwischen 15 und 88 Jahren. Trotz dieser hohen Zahl bleibt die Dunkelziffer

hoch, denn viele Betroffene melden ihre Erfahrungen nicht.

Gleichzeitig melden Beratungsstellen zunehmend mehr Fälle: Im Jahr 2023 wurden 1058 Vorfälle registriert, wovon 876 als klar rassistische Diskriminierung eingestuft wurden. Die Hauptgründe für die Diskriminierung: Nationalität, Hautfarbe oder Merkmale, die auf Religion oder Herkunft zurückgeführt wurden. Besonders betroffen sind junge Menschen mit Migrationshintergrund.

Betroffene erleben Beschimpfungen und herabwürdigende Behandlungen – verbale rassistische Äusserungen sind die am weitesten verbreitete Form der Diskriminierung.

Körperliche Angriffe sind in den letzten Jahren rückläufig, kommen aber weiterhin vor. Auch online ist Rassismus allgegenwärtig, da soziale Netzwerke gezielt für rassistische Hetze genutzt werden.

BEI DER ARBEIT. Ein rassistischer Witz vom Arbeitskollegen oder eine herabwürdigende Bemerkung vom Chef – Rassismus zeigt sich besonders im Arbeitsleben:

In einer Befragung der FRB gaben über die Hälfte der Teilnehmenden an, bei der Arbeit oder Jobsuche diskriminiert worden zu sein. Auch beim Zugang zu Wohnungen, Sozialhilfe oder im Kontakt mit Ver-

Musik verbindet Solidarität zeigen und gemeinsam feiern

Am 21. März organisiert die Unia im Gaskessel Bern ein Konzert gegen Rassismus. Zu hören sind Ben Gil und Lakna.



«Auch wenn es im Kampf gegen Rassismus viele Fortschritte gegeben hat, gibt es noch viel zu tun.»

BEN GIL, MUSIKER



«Für mich ist es essentiell, dass Künstlerinnen und Künstler sich gegen Rassismus und Gewalt positionieren. Wir haben eine Stimme und die Möglichkeit, durch unsere Musik etwas zu bewirken.»

LAKNA, MUSIKERIN

Wann? Freitag, 21. März
Wo? Gaskessel in Bern
Zeit: Türen: 20 Uhr
Erstes Konzert: 21 Uhr
Eintritt frei
(Anmeldung erforderlich)
Infos & Anmeldung:
unia.ch/konzert



waltungen und der Polizei spielt der Migrationshintergrund eine entscheidende Rolle. Viele dieser Diskriminierungsfälle sind schwer nachweisbar, und Betroffene melden sie aus Angst vor Konsequenzen selten. «Rassismus ist kein Randproblem, sondern betrifft das gesellschaftliche Zusammenleben in seinem Kern», schreibt die FRB in ihrem Bericht. Deshalb fordert die Fachstelle:

- Anerkennung von Rassismus als strukturelles Problem,
- mehr Beratungsangebote für Betroffene,
- einen umfassenden zivilrechtlichen Schutz gegen Diskriminierung,
- konsequentes Handeln. (jun)

Migros-Kind Christine Gafner (83) sucht sich einen neuen Laden

So hat die Migros ihre treueste Kundin vergrault

Das M wurde Christine Gafner (83) in die Wiege gelegt. Seit sie denken kann, ist die Migros Teil ihrer Familie. Doch jetzt macht die Rentnerin Schluss!

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Gehstöcke säuberlich plaziert und der warme Kaffee schon serviert. So sitzt Christine Gafner an einem frühlinghaften Nachmittag im Parc Café in Bern, als work zum vereinbarten Gespräch erscheint. Während Jugendliebe die Minigolfbahn einläuten, sitzen Rentnerinnen in der wärmen Sonne. Auch Gafner freut sich: Endlich wieder auswärts Kaffee trinken. Statt nur zu Hause. Wegen ihrer Gehbehinderung ist sie nicht mehr oft zu Fuss unterwegs. Auch grössere Einkäufe erledigt Gafner online. Natürlich bei der Migros.

«Da kenne ich die Produkte seit Ewigkeiten. Ich war auch eine der ersten Kundinnen, die 2003 online einkaufte», erinnert sich Gafner. Die On-linepionierin wurde sogar vom «Migros-Magazin» interviewt. Doch mit Migros Online ist jetzt Schluss! «Als ich in den Medien von den Zuständen bei Migros Online erfahren habe, war mir klar: Dieses schikanöse Geschäftsmodell will ich nicht unterstützen» (work berichtete: [rebrand.ly/ein-m-mieser](https://www.rebrand.ly/ein-m-mieser)).

Als Rückengeschädigte fühlt sie mit den kranken, entlassenen Migros-Mitarbeitenden mit. Arbeit dürfe nicht krank machen. Doch die

«Dutti war für viele ein Vorbild.»

CHRISTINE GAFNER

beim Birchermüesli muss ich herausfinden, welches meinem Favoriten aus der Migros am nächsten kommt.»

EINE WAHRE M-FAMILIE

Gafner ist ein Migros-Kind, seit sie denken kann. Sie stammt aus einer eingefleischten M-Familie. Bereits mit zwei Jahren erhielt sie einen Ausweis als Migros-Genossenschafterin. Alles begann, als ihr Vater während des Zweiten Weltkrieges eine Stelle als Elektriker bei der Migros erhielt. Mit dieser Anstellung fand er direkt nach dem Aktiviendienst eine gute Arbeit. Die Stelle bei der Migros war die Rettung, und die Familie empfand enorme Dankbarkeit. «Damals wurde man als Migros-Kundschaft verpönt und gesellschaftlich ausgegrenzt. Man durfte nicht zu laut sagen, dass man bei der Migros einkauft», erinnert sich die 83jährige. Doch das hielt die Familie nie davon ab, der Migros treu zu bleiben. Im Gegenteil!

Wenige Zeit später folgte auch die Mutter, die eigentlich gelernte Coiffeuse war, zum Arbeitgeber Migros und arbeitete im Laden. Bekannt war die Migros damals als Selbstbedienungsladen, eine absolute Neuigkeit in der Schweiz. Zu



CHRISTINE GAFNER ZEIGT HALTUNG: «Als ich von den Zuständen bei Migros Online erfahren habe, war mir klar: Dieses schikanöse Geschäftsmodell will ich nicht unterstützen.» FOTO: ISABELLE HAKLAR

günstigen Preisen konnte man sich selbständig mit Früchten, Gemüse, Teigwaren, Konserven und weiteren Lebensmitteln eindecken und an der Kasse bezahlen. Einzigartig! Und schliesslich folgte auch die angehende Lehrerin den Eltern in die Migros-Filiale: «Während meiner Ferien arbeitete ich als Hilfsangestellte bei der Migros am Fruchtestand. Pro Stunde habe ich 2 Franken 80 verdient», sagt Gafner.

Nicht nur die Migros-Lebensmittel waren in Gafners Familie fester Bestandteil, sondern auch die Idee vom «sozialen Kapital» von Migros-Gründer Gottlieb «Dutti» Duttweiler. «Dutti war für viele ein Vorbild, seine Ideen waren sozial und teilweise revolutionär. Beim Volk war er beliebt, weil er uns das Leben mit günstigen Lebensmitteln erleichterte. Doch im Bundeshaus war er kein beliebter Politiker», so Gafner. Als

Aktiv: Gewerkschafterin und Feministin

Christine Gafner (83) lebt in Bern und ist mittlerweile Urgrossmutter. Als junge Frau entschied sie sich für den Lehrerinnenberuf und ist seit über fünfzig Jahren Gewerkschaftsmitglied beim VPOD. Während ihrer Ausbildungszeit arbeitete sie am Fruchtestand der Migros. Als Lehrerin arbeitete sie drei Jahre.

ENGAGIERT. Bis zu ihrer Pensionierung 2007 war sie unter anderem als Zentralsekretärin für die SP und als nationale Pressekorrespondentin des Europarates für die Schweiz tätig. Zudem war Gafner Teil des Frauenbundes und setzte sich aktiv für das Frauenstimmrecht ein, bis dieses 1971 eingeführt wurde. (dak)

Nationalrat reichte Duttweiler 1948 eine Motion zur Nahrungssicherung ein. Diese wurde aber auf die lange Bank geschoben. Als Zeichen des Protests warf Dutt daraufhin Steine aus dem Bundeshaus. Das kaputte Fenster sorgte für Schlagzeilen und Aufsehen. Gafner: «Obwohl ich damals noch ein kleines Mädchen war, erinnere ich mich sehr genau daran. Im stillen und zu Hause haben wir die Aktion von Dutt gefeiert, öffentlich musste man sich aber empört zeigen.»

Duttis soziales Engagement zeigte sich für Gafners Familie ganz real. Ihr Vater litt wegen eines Unfalls mit Schwefelsäure an einer reduzierten Lungenfunktion. Während seiner Unfallzeit hat ihn die Migros unterstützt. Und nach der Genesung konnte er seine Arbeit nach und nach wiederaufnehmen und wurde fortan nur mit leichter Arbeit beschäftigt. «Das war für diese Zeit enorm vorbildlich!» sagt Gafner. Zudem zahlte die Migros für ihre Angestellten in die Pensionskasse ein, lange bevor dies Pflicht wurde. Umso enttäuschter ist Gafner jetzt davon, was sie in den Medien über die Zustände bei der Migros erfährt: «Was würde Dutt dazu sagen?» (siehe Interview auf den Seiten 4 und 5).

ENTTÄUSCHT VOM ORANGEN RIESEN

Gafner: «Ich habe bei der Migros nicht nur die Lebensmittel geschätzt. Auch die günstigen Sportartikel – gerade Ski – haben mir einiges ermöglicht. Oder die ganzen Bücher, die man so günstig kaufen konnte!» Kürzlich wollte Gafner im Migros-Restaurant Wankdorf BE einen Kaffee trinken, doch sie stand vor verschlossenen Türen: «Ich erschrak, als ich, aus dem Lift kommend, das finstere, leere Restaurant vor mir sah.» Nicht nur für Berufstätige, die schnell und günstig am Mittag eine Verpflegung brauchten, war das Angebot beliebt. Sondern auch Pensionierte nutzten das Restaurant, um unter Menschen zu sein: «Meistens blieben sie anschliessend zu einem Schwatz. Bereicherung und Aufatmen für das Leben.» Dann muss man sich eben neue Plätze für das Beisammensein suchen wie beispielsweise an einem sonnigen Nachmittag hier das Parc Café.

CHRONOLOGIE MIGROS

GRÜNDUNG

Die ersten fünf Verkaufswagen der Migros AG fahren aus. Die Fahrzeuge der Marke Ford T bedienen 178 Haltestellen in der Stadt Zürich während jeweils zehn Minuten.

1925



1926

ERSTES VERKAUFSLOKAL

Der erste Laden liegt mitten im Zürcher Industriequartier, an der Ausstellungsstrasse 104. Das Gebäude ist das neue Hauptquartier der Migros. Es beherbergt neben dem Verkaufslokal auch ein Büro, eine Garage für die Verkaufswagen sowie ein Warenlager und eine Abpackerei im Keller.

STREIK BEI DER MIGROS

Am 3. März 1927 bleiben die Verkaufswagen im Depot stehen. Streik! Die Chauffeure verlangen mehr Lohn. Die Migros lehnt jede Verhandlung ab und droht, sie werde jeden entlassen, der nicht innerhalb einer halben Stunde an

1927

die Arbeit zurückkehre. Duttweiler will den festen Lohn der Chauffeure durch ein Provisionssystem ersetzen. Die Gewerkschaft VHTL verlangt ein Fixum von 340 Franken plus Provision sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit. Schliesslich stimmt die Migros den Forderungen der Streikenden zu und reduziert die Arbeitszeit auf 56 Wochenstunden.



1928

ERSTER PRODUKTIONSBEREIB
Die Alkoholfreie Weine & Konservenfabrik Meilen AG ist der erste Produktionsbetrieb der jungen Migros AG. Duttweiler kauft sie als Antwort auf die Lebensmittelfabrikanten, die ihn boykottieren.

GRÜNDUNG HOTELPLAN

Der Reiseanbieter soll den Tourismus in der Schweiz ankurbeln, Arbeitsplätze retten und Ferienangebote für Menschen mit schmalem Budget schaffen. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges bricht das Geschäft des Reiseveranstalters Hotelplan völlig ein.

1935

Anstatt einen Teil der Angestellten zu entlassen, beschäftigt Gottlieb Duttweiler sie in anderen Migros-Betrieben.



Die Chronologie des Versagens

Ein Jahr Migros-Megaabbau

Dieses Jahr feiert die Migros ihr 100jähriges Bestehen. Doch statt das Jubiläum zu feiern, zerfällt der grösste Detailhändler der Schweiz seit über einem Jahr und entlässt Hunderte Angestellte. work hat die Übersicht zum Abbauprojekt.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Ende März ist es so weit: Die Migros verkündet ihren Gewinn für das Jahr 2024. Mager wird er nicht ausfallen, denn schon im Januar meldet die Migros einen Umsatz von 32,5 Milliarden Schweizer Franken. Ein Rekordumsatz zu einem hohen Preis, denn ohne Verlierer gibt es bekanntlich keine Gewinner. Und die Verlierer sind beim orangen Riesen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht nur werden sie krank bei ihrer Arbeit (work berichtete: rebrand.ly/ein-m-mieser), sondern auch zu Hunderten entlassen.

MIGROS-MISERE NACH MONATEN

Hier die wichtigsten Abbaupunkte in umgekehrter Reihenfolge:

- Grosser Knall im Februar 2025: 31 «Do it + Garden»-Baumärkte schliessen bis spätestens Ende Juni 2025 ihre Tore. Damit werden 31 von 45 Filialen geschlossen. Betroffen von den Schliessungen sind 466 Mitarbeitende. Zu wie vielen Entlassungen es konkret kommt, teilt Migros nicht mit.
- Auch das Migros-Möbelgeschäft Micasa gehört nicht mehr zur Migros-Familie. Der aktuelle CEO von Micasa übernimmt 30 Micasa-Filialen. Zwar werden keine Mitarbeitenden entlassen, doch mit dem Wegfall der Geschäftsbereiche Micasa und Do it sind 159 Stellen bei der Migros in Gefahr.

Dutti hatte zum 25-Jahr-Jubiläum angeordnet, alle Läden zu schliessen.

Das Migros-Reisebüro Hotelplan wird vom deutschen Reiseveranstalter Dertour gekauft. Die rund 2500 Mitarbeitenden behalten ihre Stellen.

Die Zukunft der Biosupermärkte Alnatura bleibt hingegen ungewiss. Im Februar hat die Migros Genossenschaft Zürich die Partnerschaft mit den Alnatura-Märkten gekündigt. In der Schweiz gibt es 25 Filialen, die jetzt auf der Suche nach neuen Käufern sind.

Seit 25 Jahren gehörten die OBI-Filialen in der Schweiz zum Migros-Konzern. Im Januar kommuniziert die deutsche OBI-Gruppe, sämtliche Schweizer Filialen zu übernehmen. Dazu zwei grosse Filialen von Do it + Garden. Die 576 Mitarbeitenden und 61 Lernenden werden weiterbeschäftigt.

Im gleichen Monat kommuniziert Onlinehändler und Migros-Tochter Galaxus einen Rekordumsatz von 3,23 Milliarden Franken für das vergangene Jahr. Das ist ein Anstieg von 18 Prozent innerhalb eines Jahres.



VOM ABBAU BETROFFEN: Migros schliesst diesen Sommer die Baumärkte Do it + Garden. Betroffen sind 466 Mitarbeitende. FOTO: KEYSTONE

- Auch die Zukunft der Migros-Restaurants scheint ungewiss. Allein 2025 wurden vier grosse Migros-Restaurants in der Agglomeration Bern geschlossen – konkret die Standorte Belp, Bethlehem, Freudenberg und Wankdorf. Nicht nur für die Búeizerinnen und Búeizer ein herber Schlag, sondern auch für Rentnerinnen und Rentner (siehe Artikel Seite 3).
- Erst seit 2022 ist die Zahnmedizin-Kette Bestsmile eine Tochterfirma der Migros. Im Oktober 2024 gibt die Detailhändlerin das Zahngeschäft schon wieder auf. Für Bestsmile bedeutet das: Schliessung aller Filialen, Entlassung aller Mitarbeitenden und die Liquidation.

Im Januar 2024 kommuniziert die Migros erste Details zu ihren Abbauplänen. Gesamthaft werden 1500 Stellen abgebaut. Die Übersicht, was im Migros-Konzern von Januar bis Juli 2024 geschehen ist, hat work hier zusammengestellt: rebrand.ly/MigrosAbbau.

GROSSES FEST – ABER NICHT FÜR ALLE
Der Megaabbau erfolgt just im grossen Migros-Jubi-Jahr. Die Detailhändlerin feiert dieses Jahr ihren 100. Geburtstag. Dazu trägt der orange Riese dick auf: Es soll ein grosses Fest für 80000 Mitarbeitende werden. Aber nicht ganz für alle. So hat Migros die Búeizerinnen und Búeizer von Micasa erst auf das grosse Fest eingeladen. Und kurz darauf wieder ausgeduldet. Der Grund: Das Migros-Fest findet am 1. und 2. September auf dem Flugplatz Mollis GL statt. Die Filialen von Micasa sind aber genau ab dem 1. September nicht mehr in den Händen der Migros.

Nur wer am 1. September bei der Migros angestellt ist, darf auch mitfeiern. Die Enttäuschung ist gross, gerade bei langjährigen Mitarbeitenden. Dasselbe blüht auch den ehemaligen Búeizerinnen und Búeizern von SportX, Melectronics, den «Do it»-Baumärkten und weiteren verkauften Fachgeschäften. Dabei bewirbt die Migros ihr 100jähriges Bestehen mit dem Wort

«Merci». Merci also nur jenen Mitarbeitenden und Mitarbeitenden, die mit etwas Glück bisher keine Kündigung im Briefkasten haben.

Was wohl Dutti dazu sagen würde? Zum 25. Migros-Geburtstag machte er es anders. Im Sommer 1950 reisten die Mitarbeitenden aus der ganzen Schweiz mit Bahn und Schiff in Duttis Heimat Rüslikon ZH. Im hauseigenen Park wurde ein grosses Fest für die Mitarbeitenden auf die Beine gestellt, über 3000 feierten gemeinsam mit dem Migros-Gründer. Damals zählte die Migros knapp über 4500 Mitarbeitende. Diese reisten auch deshalb so zahlreich ans Fest, weil Dutti angeordnet hatte, alle Läden zu schliessen. Weil er mit allen Angestellten feiern wollte. So eine Aktion ist heute undenkbar.

SRF-Film: Unmögliche Gewerkschaftsarbeit

Der grösste Schweizer Detailhändler befindet sich im grössten Abbauprojekt seines Bestehens. Doch er arbeitet nicht mit der grössten Gewerkschaft der Schweiz zusammen – der Unia. Wie schwierig es für Gewerkschaftssekretäre ist, mit den Mitarbeitenden sowie dem Führungspersonal der Migros ins Gespräch zu kommen, zeigt die neue Dokumentation «Das System Migros – wie es zum grossen Abbau kam» aus dem Hause SRF. Dabei kommt auch Unia-Mann Roman Künzler zu Wort:

«UNSERE HAUPTKRITIK: Angestellte aus den Fachmärkten bekommen ein Jobangebot für die Supermärkte. Nehmen sie dieses Angebot nicht an, war's das mit dem Sozialplan.» Befragte Búeizerinnen und Búeizer zeigen sich besorgt und die Migros-Kundschaft empört und hässig. Ein eindrücklicher Film über das System hinter dem orangen Riesen. Zu sehen unter folgendem Link: rebrand.ly/MigrosDoku.

100 Jahre Migros: work sagt endlich, was Gottlieb Duttweiler zu all den Querelen sagen würde

«Wir spekulieren auf die Intelligenz der Hausfrau»

Was würde Dutti wohl sagen? Kein anderer Firmengründer wird über seinen Tod hinaus so oft um seine Meinung gefragt. Auch work hat es getan. Wir haben Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler über die aktuelle Migros befragt und das Interview gleich selber geschrieben. Mit Zitaten aus seinem umfangreichen Nachlass.

DARIJA KNEŽEVIĆ, ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Im September steigt auf dem Flugplatz Mollis GL die grosse Migros-Geburtstagsparty. 100 Jahre sind seit der Gründung vergangen. Es soll das «grösste Fest für Mitarbeitende werden, das die Schweiz je gesehen hat». Freut Sie das Fest, das ja auch ein bisschen zu Ihren Ehren ist? Gottlieb Duttweiler: Gut und preiswert sollen sich unsere Mitarbeiter verpflegen können. Aber Alkohol und Tabak sind Familienfeinde.

Das mag sein. Aber ein rauschendes Fest zu Ehren der Migros-Mitarbeitenden ist bestimmt ganz in Ihrem Sinne? Wir haben uns gut amüsiert. Der Humor ist eine ganz wichtige Komponente unseres Erfolges – zweifellos!

So wie am 25. Geburtstag der Migros? Am Montag, 28. August 1950 bleiben die Läden geschlossen und die Verkaufswagen fahren nicht, aus Anlass des 25jährigen Migros-Jubiläums. Der Park im Grüene, Rüslikon ist für das Personal reserviert, ohne das ihr nichts erreicht. Das möchte ich auch allen künftigen Migros-Leitern zurufen.

Der Migros geht es (noch immer) wunderbar, bei einem Jahresumsatz von 32 Milliarden Franken und

eigenen Mitteln von 22 Milliarden Franken. Der Profit ist sozusagen ein Abfallprodukt einer richtigen Idee. Wir wollten nie verdienen, aber es war nicht zu verhindern.

Trotzdem baut ihr aktueller Nachfolger Mario Irminger die Migros massiv um. Auf dem Buckel der Mitarbeitenden. Der Umbau hat bereits Hunderte von Stellen gekostet. Was sagen Sie dazu? Anstatt den Franken stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt. Nur eine Umstellung im Denken der Privatwirtschaft, nur der bewusste Wille, das private Gewinnstreben so zu lenken, dass es gleichzeitig dem

Gemeinwohl dient, kann auch eine Lösung in die neue Richtung bringen.

Das klingt wunderbar und war vielleicht mal Ihre Idee, aber das sieht heute etwas anders aus. Sogar Schwangere wurden entlassen. Berufstätige Mütter können ruhig sein. In unserem betriebseigenen Kindergarten sind ihre Kleinen gut aufgehoben und werden von diplomierten Kinderschwestern liebevoll betreut. Ein Stündchen Schlaf gehört natürlich auch dazu. Und für die Grossen wenigstens ein Viertelstündchen.

Ja schon, aber die Migros hat diese Frauen auf die Strasse gestellt! In guten Zeiten wird man übermütig. Dann macht man die grössten Dummheiten.

Auch bei Migros Online machte die Migros jüngst negative Schlagzeilen. Sie entliess Mitarbeitende, die durch die Arbeit bei der Migros krank geworden waren. Migros-Kinder behaupten nun, Sie würden sich ob so viel Ungerechtigkeit im Grab umdrehen.

Das arbeitslose Einkommen kann man am besten und einfachsten dadurch bekämpfen, dass man die Bezüger der arbeitslosen Einkommen nicht mehr grüsst. Das erträgt auf die Dauer keiner.

Das kommt jetzt etwas überraschend! Bei Menschen auf Arbeitssuche scheint Ihre soziale Ader an Grenzen zu kommen.

Die Langeweile auf der Welt ist die grösste Sünde.

Die Migros war und ist kein gewöhnliches Unternehmen. Heute ist sie die grösste Arbeitgeberin der Schweiz, das geht einher mit einer grossen sozialen Verantwortung. Doch unter

dem Einfluss des US-Beratungsunternehmens McKinsey stehen die Zeichen auf «Restrukturierung». Stellt die Migros heute den Profit über die Prinzipien? Am schlimmsten ist das böse Beispiel von oben. Wer soll im kleinen Disziplin halten, wenn im grossen ungestraft gefevelt werden darf? Wir dürfen hoffen, dass wir den kurzfristigen Geldmächtigen am meisten wehren und eine gerechtere Verteilung vom Überfluss der Welt hinbringen.

Für die gerechte Verteilung des Geldes setzen sich insbesondere auch die Gewerkschaften ein. Herr Duttweiler, wie haben Sie's mit der Unia? Die Freiheit, irgendeiner Koalition beizutreten oder ihr fernzubleiben, muss unter allen Umständen gewährleistet bleiben.

Ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger sind da nicht immer ganz gleicher Meinung. Der Mut, seinen Vorgesetzten die Wahrheit zu sagen, lohnt sich, wenn nicht heute, so ganz sicher morgen.

In Ihren Anfängen setzte die Migros auf die Hausfrauen als Hauptkundinnen. Wie konnten Sie die Frauen für Ihre Migros gewinnen?

Wir spekulieren auf die Intelligenz der Hausfrau. Weil das Geld mangelte, ging ich eben direkt auf das Ziel los: der Hausfrau die Ware mit einem Wangen nahezubringen. So hat die Migros angefangen.

Und dann? Wir versuchten den Angriff auf die Hausfrau über das Herz. Die Frau muss sich wohl fühlen im Laden, dann öffnet sich auch das Portemonnaie.

Mitten im Zweiten Weltkrieg, 1941, überführten Sie die Migros AG werbewirksam in eine Genossenschaft. Ich hatte das Versprechen gemacht, den Leuten zu dienen. (...) Und wenn Sie sich vom Geld befreien, dann sind Sie wahrhaftig frei! Und dann haben Sie auch Spass.

Aber ganz vom Geld befreit haben Sie sich nicht, oder? Ich habe noch ein Milliönchen auf der Seite. Aber das habe ich mir auch verdient.

Alle Antworten sind Zitate aus diesen Quellen: Dutti der Riese: rebrand.ly/dutti-film 15 Thesen von Duttweiler: rebrand.ly/dutti-thesen «Wir Brückenbauer»: E-Newspaperarchives.ch

work-Original: Exklusive Interviews

Duttweiler ist nicht die erste verstorbene Prominenz, mit der work ein Interview führt. Lesen Sie auch die Interviews mit: Wladimir Iljitsch Lenin (rebrand.ly/Lenin) Rosa Luxemburg (rebrand.ly/Rosa-Luxemburg) Karl Marx (rebrand.ly/Karl-Marx)



GOTTLIEB DUTTWEILER (1888–1962): Dutti wurde am 15. August 1888 in Zürich geboren. Der Vater war im Detailhandel tätig, damals beim Verkaufswagen direkt an die Kundschaft, später in Supermärkten. Im September 1935 ging Duttweiler mit der Partei «Landesring der Unabhängigen» in die Politik. Er sass über zehn Jahre im Nationalrat und später einige Jahre im Zürcher Kantonsrat. (dak)

zurück in die Schweiz. 1925 gründete er die Migros. Er kaufte Ware direkt vom Händler und verkaufte sie zu billigen Preisen erst mit Verkaufswagen direkt an die Kundschaft, später in Supermärkten. Im September 1935 ging Duttweiler mit der Partei «Landesring der Unabhängigen» in die Politik. Er sass über zehn Jahre im Nationalrat und später einige Jahre im Zürcher Kantonsrat. (dak)

FORTSETZUNG CHRONOLOGIE MIGROS

<p>VON DER MIGROS AG ZUR GENOSSENSCHAFT Duttweiler wandelt die Migros AG in eine Genossenschaft um. Ausgesuchte Genossenschaftsräte vertreten die Regionen in der</p> <p>1941</p> <p>Delegiertenversammlung. Diese ist eine Art «Migros-Parlament». Auch die Frauen können vollwertig mitwirken. Duttweiler hat in den Statuten verankert, dass die Frauen die Mehrheit in den Genossenschaftsräten stellen müssen.</p>	<p>DUTTI IM SEE Die wohl berühmteste Fotografie von Duttweiler zeigt ihn, wie er mit Hut im Zürichsee schwimmt. Entstanden ist sie am Tag, als er mit all seinen Angestellten den 25. Geburtstag der Migros feiert.</p> <p>1942</p> <p>GRÜNDUNG «WIR BRÜCKENBAUER» Duttweiler lanciert eine Zeitschrift «für unsere über 100000 Genossenschaftler». Im Mai 2004 wird der in die Jahre gekommene «Brückenbauer» vom «Migros-Magazin» abgelöst.</p>	<p>ERSTE EINKAUFWÄGELI 1958 kommt der erste Einkaufswagen in Basel an. Das Problem: Für die Wägel braucht es mehr Ladenfläche. Doch die Investition in mehr Ladenfläche macht sich bezahlt, denn es zeigt sich schnell, dass Kundinnen und</p> <p>1950</p> <p>DER ERSTE MIGROS-MARKT Der erste Migros-Markt öffnet in Zürich seine Tore: mehr als 1000 Quadratmeter Fläche auf zwei Stockwerken, 1200 Artikel, eine Metzgerei, ein Demonstrationsraum für Haushaltsapparate, eine Bücherecke von Ex Libris, eine eigene Bäckerei und die erste Imbissecke in der Geschichte der Migros.</p>	<p>LANCIERUNG M-BUDGET-LINIE Die Migros lanciert sechs Produkte des täglichen Bedarfs zu Tiefpreisen.</p> <p>1952</p> <p>ERSTE FRAU WIRD DIREKTORIN Ab 1. Juli 1976 übernimmt Arina Kowner, bisher Beauftragte für Konsumentenfragen, die Direktion Kulturelles und Soziales im Genossenschaftsbund. Sie ist die erste Frau in der M-Gemeinschaft mit einem Direktorentitel.</p>	<p>ONLINE-HANDEL LeShop.ch und migros-shop.ch schliessen das erste gemeinsame Jahr mit einem Umsatz von 33 Millionen ab. Die Zahl der Erstkäufer verdoppelt sich auf 23 900. An Spitzentagen</p> <p>1958</p> <p>EINFÜHRUNG CUMULUS-KARTE Mit dem Kundenloyalitätsprogramm Cumulus verfolgt die Migros zwei Ziele: Sie will treue Kunden belohnen und ihre persönlichen Einkaufsdaten sammeln.</p>	<p>ÜBERNAHME TOPWELL-APOTHEKEN Die Medbase-Gruppe, die zur Migros gehört, übernimmt die Topwell Apotheken AG.</p> <p>1962</p> <p>MIGROS ÜBERNIMMT DENNER Die Migros beschliesst, 70 Prozent der Denner AG zu übernehmen. 30 Prozent verbleiben im Besitz der Gaydoul Holding.</p>	<p>BEZAHLEN PER APP Kundinnen und Kunden können Produkte mit der Migros-App auf dem Smartphone scannen, bezahlen und den Laden direkt wieder verlassen.</p> <p>1964</p> <p>GRÜNDUNG MIGROS SUPERMARKT AG Die Gremien der Migros-Gruppe stimmen der Gründung der Migros Supermarkt AG (MSM) zu. Dies ist der Auftakt zum grössten Abbau in der Migros-Geschichte.</p>
---	--	--	---	--	--	---

FOTOS: HISTORY.MIGROS.CH

Petition für guten Coop-GAV

BERN. Tiefe Löhne und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten machen den Angestellten von Coop das Leben schwer. Zusammen mit Gewerkschaftsmitgliedern, die bei Coop arbeiten, lanciert die Unia eine Petition für einen besseren Gesamtarbeitsvertrag bei Coop. Zurzeit laufen die Verhandlungen für den auslaufenden Vertrag. Die Forderungen: Weniger Stress, mehr Gesundheitsschutz, kürzere Arbeitszeiten, faire Löhne, mehr Mitsprache! Jetzt die Petition unterzeichnen: rebrand.ly/PetitionCoop

Gescheiterte Tarifverhandlungen

BERLIN. Die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen



WARNSTREIK: Gewerkschaften legen Flughäfen lahm. FOTO: KEYSTONE

Dienst von Bund und Kommunen in Deutschland sind gescheitert. Die Gewerkschaft Verdi forderte insgesamt acht Prozent mehr Lohn, zusätzlich mindestens drei freie Tage und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. In einem Schlichtungsprozess wird jetzt eine Lösung gesucht. In dieser Zeit sind die Warnstreiks, die zuletzt Kitas, Müllabfuhr und Schulen lahmlegten, nicht mehr erlaubt.

Protest vor der Bäckerei

NEUENBURG. Die Unia Neuenburg demonstrierte vor der Bäckerei «Le Fourmil de Pierre» gegen die Machenschaften des Besitzers und für bessere Arbeitsbedingungen in den acht Filialen der Bäckerei. Im Unternehmen gab es in den letzten Jahren verschiedene Arbeitskonflikte, Gerichtsverfahren und Berichte über unzumutbare Arbeitsbedingungen. Als neues Mitglied der paritätischen Kommission fordert die Unia einen echten Sozialdialog und die Einhaltung des GAV.

Trumpismus bei der UBS

ZÜRICH. Diversität war gestern. Die Monsterbank UBS verzichtet auf die Förderung von Frauen und Minderheiten in Führungspositionen. Der Konzern wollte in den Chefetagen bis im Jahr 2025 eine Quote von 30 Prozent Frauen erreichen und in den USA und Grossbritannien ethnische Minderheiten in Führungspositionen fördern. Im neuen Nachhaltigkeitsbericht der UBS sucht man diese Ziele vergebens. Auch beim Klimaschutz hat die Monsterbank ihre Ambitionen zurückgeschraubt.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Care-Manifest der Unia: Die Vision einer guten Pflege und Betreuung



ZEIT FÜR MEHR MENSCHLICHKEIT: Die Unia hat mit Pflegenden ein Manifest erarbeitet, das aufzeigt, wie sich die Branche verändern sollte. FOTO: CANVA

In zehn Jahren sollen Pflegenden ihre Arbeit machen können, ohne immer wieder ans Limit zu gelangen. Weil es genügend Fachkräfte gibt und eine Arbeitswoche nicht mehr als 32 Stunden hat: Diese Vision ist der Kern des Care-Manifests der Unia.

Für Psychiatriepfleger Willy Honegger ist es normal, täglich eine Stunde länger zu bleiben.

Die Unia-Mitglieder Sandra Schmied und Willy Honegger haben daran mitgearbeitet, zusammen mit rund 20 Beschäftigten aus Pflege- und sozialen Berufen. Honeggers Arbeitsalltag als Psychiatriepfleger bei der Spitex Stadt Luzern ist streng, eine Stunde länger bei der Arbeit bleiben ist für den 62-jährigen völlig normal, denn sein Team leidet unter chronischer Personalknappheit.

Letzten Sommer wurde das Manifest an einer breit angelegten Fachtagung diskutiert, jetzt gibt's die definitive Fassung als Broschüre. Das Manifest zeigt, wie ein anderes System aussehen könnte. «Wir sind im Jahr 2035. Die Schweiz hat die beste Langzeitversorgung der Welt» – so beginnt die Vision. Sie umfasst 35 Punkte zu Stichworten wie Autonomie, Erholung, Personalschlüssel oder altersgemischte Wohnformen. Schmied sagt, die Vision sei gar nicht so utopisch. Vieles davon sei noch in den 1990er Jahren selbstverständlich gewesen, als sie in der Langzeitpflege angefangen habe. Damals habe man immer am Vormittag die ganze Pflege erledigt, am Nachmittag hatte man Zeit für Betreuung.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/CareManifest

Trumps Welt ohne Frauen

Der neue alte US-Präsident Donald Trump entfachte mit seinem neuesten Projekt einen Krieg der Wörter. Er veröffentlichte eine Verbotsliste für 100 Begriffe, darunter folgende: Künftig soll in den USA über Geschlecht, Rassismus, Gleichstellung, Minderheiten, soziale Ungleichheit, Diskriminierung, Gerechtigkeit und vieles mehr weder geforscht noch im Parlament debattiert werden. Auch das Wort «Frau» ist «aus Versehen» auf die Verbotsliste gekommen. Dies wurde mittlerweile korrigiert. Versehen hin oder her, klar ist: Rechtsextreme, weisse Politiker mit welkender Männlichkeit kommen mit Frauen nicht klar. Doch Trumps Irrsinn hat Methode: Schock und Einschüchterung. Noch nicht einmal zwei Monate im Amt, hat er den Service public zerschlagen und auch die Reste sozialer Sicherheit abgerissen. Ein grosser Teil der Bevölkerung weiss heute nicht, wie er im April oder Mai über die Runden kommen soll.



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/TrumpWorte

Feminismus und Fussball

Der Weltmeistertitel der spanischen Frauenfussballerinnen war eigentlich Grund zur grossen Feier. Doch dann küsste Verbandspräsident Luis Rubiales auf dem Platz die Fussballerin Jenni Hermoso ohne Einwilligung. «Der Kuss, der den spanischen Fussball veränderte» ist nicht nur ein Fakt, sondern auch der Titel der neuen Netflix-Doku. In dieser zeigen die spanischen Fussballerinnen, was wahrer Sportgeist bedeutet. Und wie es ihnen gelungen ist, die Macht und

Arbeit, die krank macht: So diskutiert das Netz über die Migros

In der letzten Ausgabe berichtete work über die fatalen Arbeitsbedingungen bei Migros Online. Mehrere Búezerinnen und Búezer wurden durch die Arbeit in den Logistikzentren krank. So etwa Lida Nachreiner, die vor einem Jahr bei der Arbeit zusammenbrach. Ihr Körper ist dermassen geschädigt, dass sie noch heute arbeitsunfähig ist. Die Migros ihrerseits hat sich des «Problems» einfach erledigt und ihr gekündigt.



@workzeitung



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/FussballFeminismus

Klimakrise trifft Frauen besonders

Die Klimakrise ist eine globale Katastrophe. Doch während wir alle

«Deshalb bin ich von dort weggegangen. Hatte mehrere Verletzungen und wurde blöd angemacht, weil ich krank wurde.»
Sammy via Tiktok

«Nicht nur bei Migros Online. Fragt mal das Personal in den Läden. Es erkrankt gefühlt jeder Zweite an einem Burnout.»
Walti via Tiktok

«Und dann sind auch noch die Löhne eine Katastrophe.»
Zylbi via Tiktok

«Wenn ich all diese Kommentare lese, denke ich: Es ist an der Zeit für einen Generalstreik.»
Mine via Tiktok

«Migros zockt uns Arbeiter ab. Lasst euch das nicht gefallen.»
Pam via Tiktok

«Die Arbeitsbedingungen in der Schweiz sollten überarbeitet werden.»
The Don via Tiktok

«Die Schweiz macht krank!»
Gencbruno via Tiktok



So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/KlimaFrauen

den gleichen Sturm aufziehen sehen, stehen nicht alle im selben Regen. Es spielt eine zentrale Rolle, wo wir leben, wie viel wir verdienen – und welches Geschlecht wir haben. Der neueste Gleichstellungsbericht der deutschen Bundesregierung zeigt: Frauen bezahlen einen höheren Preis für die Krise. Ganz real spürbar ist das beim Geld. Frauen verfügen durchschnittlich über weniger finanzielle Möglichkeiten, um sich gegen Klimafolgen zu wappnen. Sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen kostet viel Geld, das Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen

nicht haben. Sie wohnen meist in «günstigen», aber energetisch nicht wirklich sanierten Wohnungen. Entsprechend überproportional leiden sie unter steigenden Energiepreisen. Frauen leben überdurchschnittlich oft in Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen. Alleinerziehende haben gemäss Studien fast doppelt so häufig Probleme, ihre Wohnung ausreichend zu heizen (oder zu kühlen) wie der Bevölkerungsdurchschnitt.

Elektriker stürzt in Genf von einem Baugerüst

Trauer nach tödlichem Unfall auf Uno-Baustelle



SCHWEIGEMINUTE: Die Gewerkschafter der Unia Genf und Baubüezer ehren ihren verstorbenen Kollegen. FOTO: OLIVIER VOGELSSANG / L'ÉVÈNEMENT SYNDICAL

Ein Elektriker stürzt von einem Baugerüst am Genfer Palais des Nations und verletzt sich dabei tödlich. Die Unia fordert mehr Sicherheit und weniger Termindruck auf den Schweizer Baustellen.

ANTOINE GROSJEAN*

Ein Dutzend Gewerkschafter und Bauleute versammelten sich letzte Woche vor dem Genfer Sitz der Uno zu einer Schweigeminute. Sie gedenken eines 55-jährigen Elektrikers, der Ende Februar beim Sturz von einem Baugerüst am Palais des Nations tödlich verunglückte. José Sebastião leitet bei der Unia Genf den Sektor Bau. Er sagt: «Wir haben gezögert, diese Versammlung zu organisieren, weil wir das Unglück dieses Mannes und seiner Familie nicht ausnutzen wollten.» Gleichzeitig wolle man das Geschehene nicht einfach akzeptieren. Sebastião sagt: «Es darf nicht sein, dass im Jahr 2025 immer noch Menschen auf Baustellen sterben.»

KEIN ZUGANG ZUR BAUSTELLE

Die genauen Umstände des tödlichen Unfalls werden noch untersucht. José Sebastião sagt: «Wir haben mehrmals versucht, auf diese Bau-

stelle zu gelangen, um die Arbeiter zu treffen, sowohl vor als auch nach dem Drama. Aber man hat uns jedesmal den Eingang versperrt.» José Sebastião ist nicht erstaunt über den Unfall. Er sagt: «In Genf und in der ganzen Schweiz gibt es ein verbreitetes Problem im Baugewerbe, nämlich Stress!»

Eine Umfrage der Unia aus dem Jahr 2020 belegt den häufigsten Stress auf den Baustellen in der Schweiz. Sebastião sagt: «Durch den ständigen Termindruck werden die Sicherheitsvorschriften nicht immer korrekt angewendet. Es sollte mehr Kontrollen geben.»

MEHR TERMINDRUCK, MEHR TEMPORÄRE

Neben dem Termindruck ist auch die starke Zunahme der Temporärangestellten ein Problem der Branche. Auch der verunglückte Elektriker war in einem Temporärvertrag beschäftigt. Gemäss den Zahlen des kantonalen Arbeitsinspektorats gab es im Jahr 2023 in Genf rund 1000 fixe Stellen weniger in der Strombranche und etwa ebenso viele Temporäre

Im Baugewerbe gibt es ein Problem: nämlich Stress!

mehr. Joan Gestí Franquesa, Gewerkschaftssekretär der Unia Genf, sagt: «Die Temporärarbeiter sind noch gestresster als die Festangestellten, weil sie ihrem Arbeitgeber gefallen wollen und auf einen festen Vertrag hoffen.» Die Unia fordert, dass die Temporärangestellten vor Beginn eines Einsatzes obligatorisch an einer

Schulung über Sicherheit auf Baustellen teilnehmen müssen.

KÜRZERE ARBEITSTAGE

José Sebastião sagt, dass die Zahl der Unfälle zwar generell zurückgehe, die Art der Unfälle aber schwerer werde. Stürze gehören laut der nationalen Unfallstatistik zu den häufigsten Ursachen für Arbeitsunfälle. Da auch Müdigkeit zu Unfällen führen kann, fordert die Unia eine Verkürzung der Arbeitszeit, auch in anderen Branchen. Sebastião sagt: «Das wird eine unserer Hauptforderungen bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Landesmantelvertrags für das Bauhauptgewerbe sein.» Am 17. Mai findet in Zürich die grosse Baudemo statt, wo kürzere Arbeitstage und mehr Sicherheit für den Bau gefordert werden.

* Dieser Artikel wurde zuerst in der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement syndical» veröffentlicht und erscheint hier in einer leicht abgeänderten Version.

Statistik: Rückgang der Arbeitsunfälle

In der Statistik der Suva werden für 2024 knapp 180 000 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten ausgewiesen. Das entspricht einem Rückgang von 3,7 Prozent. Etwas mehr als jeder vierte Verunglückte im Beruf gleitet aus oder ab beim Unfall. Dies ist damit der häufigste Berufsunfallhergang. (isc)

«Partnerfirma» von Uber Eats untersteht GAV-Personalverleih Urteil: Uber Eats geschäftet illegal

Uber Eats verstösst mit seiner «Partnerfirma» Chaskis im Kanton Genf gegen das Gesetz. So das jüngste Urteil des Bundesgerichts.

IWAN SCHAUWECKER

Es war eine globale Premiere: Vor fünf Jahren erhielten die etwa 400 Essenslieferanten, die für Uber Eats durch die Strassen von Genf kurven, eine Anstellung und Sozialversicherungsbeiträge durch die Chaskis AG, eine «Partnerfirma» von Uber Eats. Nur dank dem Druck von Gewerkschaften, dem Kanton und einem richtungswaisen-

den Bundesgerichtsurteil erlangten die Uber-Eats-Kurierinnen und -Kuriere damals erstmals einen minimalen Schutz als Arbeitnehmende.

DER TRICK. Véronique Polito,

Vizepräsidentin der Unia, sagt: «Mit der Gründung der Chaskis AG schlich sich Uber Eats jedoch weiterhin aus der Verantwortung als Arbeitgeber.» Der von der Chaskis AG mit der Gewerkschaft Syndicom abgeschlossene GAV blieb hinter den Vorgaben des GAV-Personalverleihs und dem Landes-GAV des Gastgewerbes zurück. Polito sagt: «Uber Eats hat ein Konstrukt geschaffen, das im Schweizer Recht

dem Personalverleih entspricht.» Dieser Ansicht waren auch der Kanton Genf und das kantonale Verwaltungsgericht. Nun stützt auch das Bundesgericht diese Einschätzung.

UBER APP LIEFERT AUFTRÄGE. In seinem neuen Urteil stuft das Bundesgericht die Chaskis AG als Personalverleiher für Uber Eats ein. Das Urteil wird damit begründet, dass die Uber App die Details und Anweisungen zu den Aufträgen liefert und eine «Echtzeit-Überwachung der zeitlichen Arbeitsorganisation» bewirke. Deshalb unterstehe die Chaskis AG dem Arbeitsvermittlungsgesetz und dem GAV-Personalverleih. Eine Anstellung auf Abruf ist unter dem GAV-Personalverleih nicht zu-

lässig. Die Chaskis AG muss bis Ende März beim Kanton eine Bewilligung als Personalverleiher beantragen und zeigen, wie sie sich an die gesetzlichen Vorgaben halten wird. Polito sagt: «Das Urteil des Bundesgerichts bestätigt einmal mehr, dass Uber Eats und auch der Taxidienst Uber die bestehenden Gesetze und Gesamtarbeitsverträge systematisch umgehen.»

UBER BLEIBT SKANDALÖS. Uber hat sich immer noch nicht damit abgefunden, dass der Konzern nicht nur eine App betreibt, sondern auch Arbeitgeber ist. Auch zehn Jahre nach der Ankunft von Uber in der Schweiz bleibt das Geschäftsmodell des US-Konzerns ein Skandal.



Laura und der Pfefferspray

Kürzlich habe ich einen sehr informativen Workshop über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz besucht, organisiert von der Interessengruppe Frauen der Unia. Ich habe gelernt, dass der Arbeitgeber die Pflicht hat, die Mitarbeiterinnen zu schützen. Konkret: Der Arbeitgeber sollte alle



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

Mitarbeiterinnen schulen, damit sie bei Vorfällen angemessen reagieren und die Betroffenen unterstützen können.

Die «Schulung» an meinem Arbeitsplatz: ein verstaubter Flyer, irgendwo halb versteckt am Anschlagbrett zwischen den anderen Infos. Auch wir im Verkauf sind den Risiken eines Übergriffs von vielen Seiten ausgesetzt. Sei dies im Team oder bei der Kundschaft. Kommt hinzu: Wir sind vor und nach der Arbeit oft früh am Morgen oder spät am Abend unterwegs. Bei uns hat sich schon eine Kollektion von

Ich kenne viele, die Pfefferspray mitführen, um sich sicher zu fühlen.

Pfeffersprays angesammelt, weil der Weg von der Garage bis zum Laden im Dunkeln ziemlich unangenehm ist. Ich kenne viele, die so einen Spray in der Handtasche mitführen, um ein Gefühl der Sicherheit und Kontrolle zu haben.

INS CHÜBELI! Da der interne Flyer fast nicht sichtbar ist, verteile ich die Infobüchlein der Unia. Und rede. Ich rede und teile auf Instagram wichtige Infos über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Ich kriege Antworten und Erzählungen über schlechte Erfahrungen, die in einer gesunden Gesellschaft nicht sein dürften. Der Austausch ist mir enorm wichtig. Einen schönen Austausch hatte ich auch an diesem Workshop. Eine Kollegin kam zu mir und stellte flüsternd fest: Aber über das Patriarchat hat niemand gesprochen, dieses System ist doch dafür verantwortlich, dass es uns schlechtgeht. Ich musste schmunzeln und versicherte ihr: Das vergessen wir nicht.

Wir haben nun das ganze Jahr vor uns, um weiterhin dagegenzusteuern. Uns sichtbar zu machen. Tabus zu brechen. Weitere Workshops zu organisieren und zu informieren. Wir haben uns! Und das Patriarchat schmeissen wir gemeinsam ins Chübeli. Da musste auch meine Kollegin schmunzeln. Wir schmeissen alles weg, was uns diskriminiert. Wir lassen nicht zu, dass unsere Rechte in einer Ecke verstauben.

Chaos-Tage im VBS Kreditstop und PUK

Chaotische Zeiten im VBS: Massenabgang an der Spitze, jahrelange Schlamperien bei Beschaffungen, Hunderte von Millionen Franken gefährdet, immer fragwürdiger Kampfjet-Deal und die faktische VBS-Filiale als Selbstbedienungsladen. Doch die bürgerliche Parlamentsmehrheit will unbeschadet weitere und zusätzliche Milliarden in die Armee buttern. Ohne zuerst einen Plan zu haben, wie eine zeitgemässe Sicherheitspolitik aussehen müsste. Und vor allem ohne bei den offenbar seit Jahrzehnten herrschenden Missständen hinzuschauen. Das wollen die fortschrittlichen Parteien verhindern. Sie verlangen eine Kreditsperre, eine VBS-PUK und ein grundlegendes Überdenken der Sicherheitsstrategie.

KREDITSPERRE. Die neuesten Entwicklungen rund um das VBS lassen für SP-Nationalrätin Tamara Funicello nur einen Schluss zu: «Obwohl seit langem klar ist, dass das Projektmanagement im VBS nicht funktioniert und an allen Ecken und Enden die Kosten massiv aus dem Ruder zu laufen drohen, will man



KLARE ANSAGE: Tamara Funicello will der «Steuergeldvernichtungsmaschinerie» einen Riegel schieben. FOTO: KEYSTONE

weitere Milliardenverpflichtungen eingehen. Diese Steuergeldvernichtungsmaschinerie kann nur mit einer Kreditsperre gestoppt werden.»

PUK. Der Zürcher Grünen-Nationalrat Balthasar Glättli wird ebenfalls deutlich: «Es droht ein Milliardengrab. Wir Grünen fordern einen sofortigen Marschhalt und eine PUK zur Aufklärung der gravierenden Missstände.» SP-Co-Präsident Cédric Wermuth sagt: «Jetzt muss alles ohne Vorbehalte auf den Tisch. Es braucht eine schonungslose Analyse, wer für den Ruag-Skandal und das VBS-Chaos die Verantwortung trägt. Die rechte Mehrheit hat versucht, die finanziellen Lücken und

«Es droht ein Milliardengrab.»

GRÜNEN-NATIONALRAT BALTHASAR GLÄTTLI

Managementfehler mit immer mehr finanziellen Mitteln zu vertuschen. Blindlings weitere Milliarden in diese dysfunktionale Armee zu investieren, lehnt die SP dezidiert ab.» Besonders der F-35-Deal wird immer fragwürdiger (siehe Artikel rechts).

PLAN. Statt blinder Aufrüstung fordert die SP eine Sicherheitspolitik, die auf Europa ausgerichtet ist. «In unsicheren Zeiten darf sich die Schweiz nicht isolieren, sondern muss Teil eines hoffnungsvollen Europas sein», sagt Wermuth. Die Schweiz müsse «ihren Beitrag leisten – in allen europäischen Institutionen, an denen sie beteiligt ist. Denn ein stabiles Europa ist die Grundvoraussetzung für nachhaltigen Frieden.»

ABSTIMMUNG. Ebenfalls für eine PUK ist die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Und sie geht noch einen Schritt weiter. Roxane Steiger ist politische Sekretärin der GSoA. Sie wendet sich direkt an den neuen VBS-Chef: «Wir fordern den Bundesrat auf, die Bevölkerung beim Richtungsentscheid der Milliardenaufrüstung einzubeziehen. Herr Pfister, legen Sie die Erhöhung des Armeebudgets dem Volk zur Abstimmung vor!» CLEMENS STUDER

Die Bundesratswahl lief nicht so, wie SVP und FDP wollten Pannen-Departement VBS: Geld ist Pfisters kleinstes Problem

Die rechtsbürgerliche Viererbande im Bundesrat hoffte auf einen fünften Kumpan. Doch die Bundesversammlung wählte Martin Pfister zum Vertreter der Mitte. Auf ihn wartet das Pleiten-Pech-Pannen-Departement VBS. Immerhin: Um Geld muss Pfister sich keine Sorgen machen.

CLEMENS STUDER

Die Mehrheit der Bundesversammlung hatte keine Lust auf einen dritten SVP-Bundesrat. Darum wählte sie Martin Pfister als neuen Mitte-Vertreter in die Landesregierung und nicht Markus Ritter. Den bürgerlichen Historiker statt den reaktionären Bauernpräsidenten. Ritter hatte gemeint, er müsse nur die Hand heben und wäre dann Bundesrat. Pfister sei bloss Beigemüse, damit die Mitte ein «Zweiticket» präsentieren konnte. So benahm er sich auch. Doch es kam anders. Weniger wegen Pfister, sondern wegen Ritter. Wofür Pfister stehen wird, wird sich noch weisen. Wo Ritter steht, weiss man. Darum wurde er nicht gewählt.

Wenig überraschend übernimmt der Neue das VBS. Und dort wartet auf Martin Pfister eine Riesenbüez. Das Militärdepartement reiht seit Jahrzehnten eine Pleite-Pech-und-Pannen-Serie an die andere. Von Unfähigkeit über Dreistigkeit und Korruption bis Pech ist alles dabei. An der Departementsspitze waren immer Vertreter der SVP bis auf die zurückgetretene Viola Amherd (Mitte), die jetzt laut ebendieser SVP an allem schuld sein soll.

GELD WIE HEU UND ...

Seit Jahren behaupten bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier und Armeevertreter, die Armee sei von «Links-Grün kaputtgespart» worden. Quasi gegen den Willen der bürgerlichen Mehrheit im Parlament, der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Bundesrat und auch gegen den Willen der vier SVP-Bundesräte, die vor der Mitte-Frau Viola Amherd das VBS leiteten. Das Gegenteil ist richtig. Die Militärausgaben steigen seit zwei Jahrzehnten deutlich an. Beim fragwürdigen Indikator



ALS NEUER BUNDESRAT VEREIDIGT: Mitte-Mann Martin Pfister ist nun Mitglied der Landesregierung und übernimmt das Departement mit den riesigen Baustellen. FOTO: KEYSTONE

«Militärausgabe in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt die Schweiz längst über dem ominösen, angeblich so dringend «mindestens» zu erreichenden einen Prozent. Grund: Die Zahlen für die Schweiz rechnen weder die kantonalen und kommunalen Militärausgaben noch die Versicherungs- und Erwerbsersatzleistungen ein. Schon gar nicht enthalten sind die Milliardenausfälle, die der Volkswirtschaft durch Männer entstehen, die auf dem Waffensatz am Arbeitsplatz sind.

Dazu kommt: Das BIP als Richtgrösse für die Höhe der Militärausgaben ist willkürlich. Sie ergibt allenfalls Sinn in einem Militärbündnis, wenn es darum geht, den «Mitgliederbeitrag» nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit festzulegen. Als Vergleichsgrössen genauso sinnvoll oder -los wären etwa die Militärausgaben pro Kopf: Seit 15 Jahren gibt hier die Schweiz massiv mehr Geld aus als alle Nachbarländer mit Ausnahme der Atommacht Frankreich. Vergleicht man dagegen das Staatsgebiet, gibt die Schweiz für jede Hektare mit rund 1300 Franken fast doppelt so viel aus wie Frankreich mit 730 Franken.

... PLEITEN, PECH UND PANNEN

Die Armee mag arm dran sein, aber sicher nicht wegen des Geldes. Damit wird das VBS im Vergleich nachgerade zugeschüttet. Die Armee ist arm dran, weil sie mit dem vielen Geld nicht

vernünftig umgehen kann. Kaum eine Beschaffung der letzten Jahrzehnte verlief unfallfrei. Beispiele gefällig? Da sind die Drohnen, die nur mit Helikopterbegleitung fliegen können. Da werden in IT-Projekten eher energisch als erfolgreich Milliarden gepumpt – um sie dann wegen erwiesener Untauglichkeit zu beerdigen. Und da werden veraltete Kleinlastwagen für den doppelten Einkaufspreis revidiert – und dann werden die vergoldeten Gefährten nicht mal halbwegs so ausgeliefert wie dem Parlament versprochen. Nicht zu vergessen die völlig absente Kontrolle der Bestände, die es ermöglichen, dass sich ein korrupter Ruag-Mitarbeiter über Jahre Millionen in den Sack stecken kann. Und keiner merkt's. Ausser einem Whistleblower. Dessen Warnung aber der Einfachheit halber gleich dem korrupten Kader zur Beantwortung weitergeschickt wird (die work-Auflistung: rebrand.ly/pannen-serie).

EINFACH MAL REINBUTTERN

Obwohl die Armee hinlänglich bewiesen hat, dass sie mit Geld nicht umgehen kann, soll sie jetzt noch mehr Geld erhalten. Und zwar ohne klaren Plan. Ohne breite Diskussion einer Sicherheitspolitik. Das bürgerliche Motto lautet: Einfach mal noch ein paar Milliarden reinbuttern. Linke sehen das anders (siehe Spalte links). Wie es Martin Pfister sieht, wird sich zeigen.

F-35-Beschaffung: Der Schmutz kommt wieder ans Licht

Nachdem das Volk die Beschaffung des Gripen-Jets angelehnt und damit wohl ein weiteres Milliardendebakel bei der Armeebeschaffung verhindert hat, besannen sich die Militaristen auf einen Trick. Das Volk sollte nur noch den Grundratsentscheid «Kampfjet Ja oder Nein» fällen dürfen. Bei der Typenauswahl wollte man sich nicht mehr reinreden lassen. Mit einem Zufallsmehr von 8670 Stimmen (bei 3 202 730 abgegebenen) sagte das Volk am 27. September 2020 Ja zu neuen Kampfjets. Ein Mini-Ja,

«Trump könnte die Jets jederzeit blockieren.»

SP-CO-PRÄSIDENT CÉDRIC WERMUTH

für das sich die Luftwaffenspitze bei der damals noch frischen VBS-Chefin Viola Amherd bedanken konnte, die das höchst umstrittene Geschäft beim Volk durchcharmierte. Danach gab es kein Halten mehr: Die bürgerliche Parlamentsmehrheit segnete im Schweins-



NICHT VERLÄSSLICH: Der F-35-Kampfjet weist eine extrem lange Mängelliste auf. FOTO: PD

galopp die Beschaffung des US-Tarnkappenbombers F-35 ab. Noch während eine Initiative dagegen lief, unterschrieb der Bundesrat den Kaufvertrag. Alle Einwände wischte er unter den Teppich.

FERNGESTEUERT. Aber wie es unter den Teppich gewischer Schmutz so an sich hat, kommt er wieder ans Tageslicht: Die USA können den Jet aus der Ferne stilllegen. Der Jet ist für die Schweiz überdimensioniert, dafür atomwaffenfähig. Der Jet ist weit davon entfernt, so supidupi zu funktionieren, wie es das VBS behauptet. Schon vor der Schweizer Unterschrift bezeichnete Christopher Miller, US-Verteidigungsminister während der

ersten Amtszeit von Donald Trump, das Kriegsgerät als «Stück Scheisse». Im Januar 2021 listete ein Untersuchungsbericht des US-Kongresses rund 900 technische Mängel auf. 2024 berichtete das US-Verteidigungsministerium: Die im Dienst stehenden Flieger haben gerade mal eine Verfügbarkeitsrate von 51 Prozent. Und die Kanonen der Jets könnten auch 18 Jahre nach dem Erstflug noch nicht geradeaus schießen. Unterdessen ist Donald Trump ein zweites Mal US-Präsident. Und zeigt, was er von Verträgen und Verlässlichkeit hält. Nichts bis gar nichts.

MUSKS IDIOTEN. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth warnt darum:

«Trump könnte die Jets jederzeit blockieren und so die betroffenen Länder erpressen, sich aussenpolitisch seinem Diktat unterzuordnen. Zudem steigen die Kosten für den F-35 in unkontrollierbare Höhen, während zentrale Fragen zu seiner Einsatzfähigkeit und Unabhängigkeit offenbleiben. Darum ist klar: Das VBS muss die Beschaffung stoppen.»

Ebenfalls eine klare Meinung zum F-35 hat übrigens Trump-Kumpel Elon Musk. Unter ein Video mit einem Kampfdrohnen schwarm schrieb er: «Währenddessen bauen einige Idioten immer noch Kampfjets wie den F-35.» Zu den Käufern schwieg er. CLEMENS STUDER

VERSPRICHT IM PARLAMENT DAS BLAUE VOM HIMMEL:
Dabei leidet Finanzministerin Karin Keller-Sutter bei der
Bankenaufsicht an Aufschieberitis. FOTO: KEYSTONE



PUK-Bericht zum CS-Crash im Parlament

Banken-Zähmung: Eile mit Weile

Zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Credit Suisse nahmen National- und Ständerat den PUK-Bericht «zur Kenntnis», überweisen zehn Vorstösse an den Bundesrat und schieben die Bankenregulierung auf der langen Bank noch weiter nach hinten.

CLEMENS STUDER

Zur Erinnerung: Im März 2023 musste die angeschlagene Credit Suisse unter Notrecht mit der UBS fusioniert werden, um den drohenden Zusammenbruch der zweitgrössten Schweizer Bank abzuwenden. Diese hatte in den Jahren zuvor weltweit Skandal an Skandal gereiht, mehr Boni ausbezahlt als Gewinn erwirtschaftet und den Aktienkurs auf mikroskopische Grösse geschrumpft. Sie profitierte davon, dass die rechte Parlamentsmehrheit nach der UBS-Rettung 2008 viel von «nie wieder»

Mit der Grossfinanz verscherzen will es sich niemand aus dem rechten Lager.

geredet, aber sämtliche Vorschläge zur Zähmung der Grossbanken abgelehnt hatte. Stattdessen trugen SVP, FDP, GLP und Mitte das «Too big to fail»-Konzept wie eine Monstranz vor sich her. Dieses erwies sich bei der ersten Gelegenheit, für die es eigentlich gedacht war, als das, wofür es die Linke immer gehalten hatte: als unbrauchbar.

LEERE SCHWÜRE

Nur 15 Jahre nach der UBS-Rettung musste der Staat wieder eine Grossbank vor dem Zusammenbruch bewahren. Damit die UBS die CS übernahm, riskierten Finanzministerin Karin Keller-Sutter und die SNB 259 Milliarden Franken Volksvermögen. Mit Notrecht. Weder Volk nach Parlament hatten etwas dazu zu sagen. Doch viel zu reden: Bürgerliche Politikerinnen und Politiker übertrafen sich wieder mit «Nie wieder!»-Schwüren. Und verschoben dann alle wirklichen Massnahmen auf nach den Wahlen

und auf nach der Veröffentlichung des Berichtes der zur Besänftigung des Volkszorns eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Diese stellte vergangenes Jahr just am Freitag vor Weihnachten ihren Bericht vor. Der ist durchaus lesenswert (rebrand.ly/puk-bericht-cs), aber drückt sich um die entscheidende Frage: Wie gelang es der Finanzindustrie, schärfere Regulierungen zu verhindern und bestehende gar zu schwächen?

Ob das daran lag, dass von den 14 PUK-Mitgliedern 10 aus Parteien stammen, die von CS und UBS seit Jahren üppig mit Spenden bedacht wurden? work berichtete: rebrand.ly/banken-politik.

VERGESSLICHE BÜRGERLICHE

In der aktuellen Session debattierten die Räte jetzt stundenlang den PUK-Bericht. Einigkeit herrschte in der Kritik am CS-Management und in der Feststellung, dass die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) zu nachsichtig agierte. Ein zentraler Kritikpunkt: Die Finma gewährte der CS ab 2017 einen sogenannten regulatorischen Filter, der die Eigenkapitalanforderungen (verkürzt: wie viel «echtes Geld» muss die Bank haben) deutlich abschwächte und damit die tatsächliche Schiefelage der Bank verschleierte.

Ganz vergessen scheint die bürgerliche Parlamentsmehrheit unterdessen zu haben, dass es Vertreterinnen und Vertreter ihrer Parteien waren, die Druck auf die Finma ausgeübt hatten, die Grossbanken nicht allzu sehr zu belästigen.

Sowohl National- wie Ständerat haben zwar alle zehn Vorstösse der PUK dazu angenommen, wie die Wiederholung eines «CS-Falls» verhindert werden könnte. Die Mehrheit dieser Vorschläge sind Wiederholungen: Eigenkapital, Boni-Beschränkungen, gestärkte Aufsicht. All das lag schon mehrfach auf dem Tisch des Bundesparlaments. Eingebracht von den fortschrittlichen Parteien, durchs Band abgelehnt jeweils von Mehrheiten aus SVP, FDP, GLP und Mitte. Oft auch erst im letzten Moment, wenn der öffentliche Druck kleiner und der Druck der Banken grösser war.

Und jetzt vom Parlament wieder überwiesen in zahmer Form und abgeschoben auf die lange Bank. Bevor auch nur irgendetwas greifen würde, ist das nächste Jahrzehnt schon angebrochen. Denn Grossfinanzministerin Karin Keller-Sutter leidet bei der Bankenaufsicht unter Aufschieberitis. Der

Abzockerei: Ermotti kassiert munter weiter

Bereits 2023 hatte die UBS die grösste Lohnschere: Boss Sergio Ermotti kassierte 267 Mal mehr als die am schlechtesten bezahlte Person im Unternehmen. Für das vergangene Jahr wird das nicht gross anders aussehen. Ermotti kassierte letztes Jahr 14,9 Millionen Franken Entschädigung, davon 5 Millionen Franken cash. Alles für einen Job für eine Bank, deren Risiko faktisch von der Bevölkerung getragen wird.

NEBELPETARDE. An den Abzockerlöhnen von Ermotti & Co. wird sich so rasch nichts ändern. Auch wenn SVP-Mann Jakob Stark erfolgreich eine Nebelpetarde zündete: Der Ständerat überwies seine Motion für einen Lohndeckel von 5 Millionen mit einem Zuzahlungsmehr. SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi hat bereits verlauten lassen, dass seine Partei die Motion im Nationalrat ablehnen und damit beerdigen wird. (cs)

weil geschäftet die neue Monster-UBS ungeniert vor sich hin – und hält die Schweiz weiter in Geiselschaft.

KASSIEREN UND PARIEREN

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit verfolgt damit weiter ihre bisherige Politik: der Finanzindustrie die Wünsche von den Lippen lesen. Wenn es dann schiefeht wie bei der UBS 2008 und der CS 2023, schwingen die rechten und bürgerlichen Parteien grosse Reden. Ist der erste Sturm der Empörung vorbei, werden sie wieder ganz leise – und ziehen wie die SVP die einst medienwirksam eingereichten Vorstösse heimlich, still und leise wieder zurück. Denn mit der Grossfinanz verscherzen will es sich keine und keiner der rechten Damen und Herren. Dafür zahlt diese zu gut. 2023 überwies die UBS der SVP 241 000 Franken, der FDP 195 000, der Mitte 119 000 und der GLP 60 000.

Und die CS liess sich auch im Jahr ihres Unterganges nicht lumpen: 160 000 Franken flossen an die SVP, 127 000 an die FDP, 119 000 an die Mitte und 44 000 Franken an die GLP.

Die SP möchte solche an Bedingungen geknüpfte Grossbanken-Spenden verbieten. Der Nationalrat behandelte den SP-Vorstoss nach Redaktionsschluss. Das Ergebnis gibt's auf www.workzeitung.ch, eine Überraschung ist nicht zu erwarten.



la suisse existe
Jean Ziegler

MÖRDERISCHER DEAL

Gracchus Babeuf war der weitsichtigste unter den französischen Revolutionären von 1789. Er war ein hagerer, rhetorisch begabter junger Mann mit flammendem Temperament. Der Sohn eines verarmten Majors nahm die Devise der Revolution wortwörtlich: «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit». Heute mehr denn je brauchen wir die Babeufsche Vision von Solidarität. Er konnte sich nicht abfinden mit Armut und Unterdrückung und dem Hunger, der so viele Menschen tötete, auch seine eigene Tochter. Babeuf wurde nur 37 Jahre alt. Bevor er durch das Beil der Guillotine starb, schrieb er einen Brief an einen Freund. Er träume von jenem Tag, «da die Menschen wieder darüber nachdenken werden, wie der Menschheit jenes Glück beschert werden kann, das wir ihr in Aussicht gestellt haben».

HERZZERREISSEND. Wer nicht träumt, kann diese Welt nicht ertragen. Heute mehr denn je brauchen wir die Babeufsche Vision von Freiheit, gleichen Chancen und Solidarität. Ohne diesen Traum wäre es noch unerträglicher zu sehen, wie US-Präsident Donald Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski demütigt. Es ist herzerreissend, wie das ukrainische Volk sich verteidigt.

UNBERECHENBAR. Doch Trump versucht, mit Russland einen seiner berüchtigten «Deals» abzuschliessen. Denn im von Russland besetzten Osten der Ukraine liegen wertvolle Rohstoffe. Dabei ist Russlands Präsident Vladimir Putin ein unberechenbarer und wortbrüchiger Diktator. Er hat seine Verbrecher-Mentalität schon oft demonstriert. Zum Beispiel im Tschetschenien-Krieg: Putin war 1999 gerade Ministerpräsident geworden, als er in Moskau zwei Wohnhäuser durch den KGB in die Luft sprengen liess, um die Tat den Tschetschenen in die Schuhe zu schieben. Dann hat er die Stadt Grosny dem Erdboden gleichgemacht. Von den 1,25 Millionen Bewohnern Tschetscheniens sind in den insgesamt vier Kriegsjahren über 200 000 ermordet worden – und kaum jemand im Westen hat sich daran gestört.

GRAUENHAFT. Nun macht Massenmörder Putin das Gleiche in der Ukraine: Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zerstört er die zivile Infrastruktur, terrorisiert und ermordet die Bevölkerung. Es ist ein kolonialer Vernichtungskrieg. Nur eine sofortige Waffenruhe könnte ihn stoppen – und dann die Entsendung von Uno-Blauhelmen. So würde die Weltöffentlichkeit die Neutralität der Ukraine garantieren. Aber ein «Deal» mit Putin, der Russland freie Hand lässt, die Ukraine weiter zu bedrohen, wird fürchterlich enden.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Jetzt braucht es Kontrollen, Bussen und höhere Frauenlöhne Gleichstellungsgesetz ist und bleibt ein zahnloser Papiertiger

Die Mehrheit der Unternehmen mit über 100 Mitarbeitenden fochtieren sich um die Lohngleichheit. So die vernichtende Zwischenbilanz zur Revision des Gleichstellungsgesetzes.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Frauen verdienen im Schnitt monatlich noch immer 1354 Franken weniger als Männer, das sind 16,3 Prozent! Darüber hinaus nimmt der unerklärliche Anteil dieser Unterschiede stetig zu. Knapp die Hälfte des Lohnunterschieds, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor, ist nicht durch objektive Faktoren wie Branche, Ausbildung oder Alter zu erklären. Dieser unerklärliche Anteil war seit Beginn der Analysen im Jahr 2012 noch nie so hoch.

Dies, obwohl die Gleichstellung von Mann und Frau seit 1981 in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. 1996 trat das Gleichstellungsgesetz in Kraft, das jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz verbietet und die Chan-

Mehr als jedes zweite Unternehmen fochtieren sich um die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau.

genheit im Erwerbsleben sicherstellen soll. Bereits 2018 hat das Parlament eine Revision des Gleichstellungsgesetzes beschlossen. Angedacht als bessere Durchsetzung der Lohngleichheit, hat das Parlament das Anliegen derart zerfleddert, dass eine zahnlose Mini-Revision herauskam. Die Revision verpflichtet nicht einmal ein Prozent aller Unternehmen zur Lohnanalyse, sieht keine Sanktionen vor und ist auf zwölf Jahre befristet.

AUF DEM BUCKEL DER FRAUEN

Jetzt ist der vom Bundesrat in Auftrag gegebene Zwischenbericht zur Revision



MIT ODER OHNE BART: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Unia-Aktion im November 2022. FOTO: KEYSTONE

erschienen. Die Bilanz ist vernichtend: Mehr als jedes zweite Unternehmen fochtieren sich um die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau und handelt somit gesetzeswidrig. Und sie profitieren sogar von den tieferen Frauenlöhnen. Der Bericht hält fest: «Diejenigen Arbeitgebenden (...), die sich über die rechtlichen Pflichten hinweggesetzt haben, (...) profitieren allenfalls von wirtschaftlichen Vorteilen auf Kosten geringerer Frauenlöhne.»

REVISION: UNGENÜGEND

Das Gesetz verlangt, dass alle Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden eine Lohnanalyse durchführen, diese überprüfen lassen und transparent über die Resultate informieren. In der Schweiz gibt es gut 6000 Unternehmen mit über 100 Mitarbeitenden, davon haben sich gerade mal 2404 an der freiwilligen Umfrage beteiligt. Diese Unternehmen beschäf-

tigen rund eine Million Arbeitnehmende.

Pikant: Sogar der öffentlichrechtliche Sektor kommt seiner Vorbildfunktion nicht nach. Das Gleichstellungsgesetz verpflichtet die öffentlichen Arbeitgeber, die einzelnen Ergebnisse der Lohngleichheitsanalyse und der Überprüfung zu veröffentli-

Die Unternehmen haben rein gar nichts zu befürchten.

chen. Rund die Hälfte von ihnen haben gar keine Ergebnisse veröffentlicht.

Die fehlbaren Unternehmen haben jedoch rein gar nichts zu befürchten. Im Gesetz sind keinerlei Kontrollen oder Sanktionen vorgesehen. Für Unia-Gleichstellungssekretärin Aude Spang ist klar: «Das ist skandalös! Der Bericht bestätigt, was wir schon immer gesagt

haben: Die Revision ist ungenügend! Sie hat die diskriminierenden Einkommensunterschiede kaum eingedämmt.» Deshalb fordert die Unia als Teil der Koalition gegen Lohndiskriminierung:

- Alle Unternehmen sollten regelmässig Lohnanalysen durchführen müssen.
- Es braucht staatliche Kontrollen und wirksame Sanktionen für Betriebe, die bei der Lohndiskriminierung untätig sind.
- Die Resultate der Analyse müssen transparent kommuniziert werden.

Dass es dringend griffige Massnahmen für mehr Lohngleichheit braucht, zeigt der Gender Overall Earnings Gap. Dieser beträgt 43,2 Prozent und zeigt damit das wahre Ausmass der Diskriminierung, weil er die Einkommenslücke für das gesamte Erwerbsleben der Frauen berechnet. Und damit auch die Tatsache einbezieht, dass ein Drittel der Frauen Teilzeit arbeiten, um unbezahlte Care-Arbeit leisten zu können.

Lohnleichheit im Vergleich: EU ist besser, Island top

2023 hat die EU die sogenannte Lohntransparenz-Richtlinie verabschiedet. Diese sieht regelmässige Lohnanalysen, mehr Lohntransparenz und stärkere Durchsetzungsmechanismen vor. Arbeitnehmende haben das Recht, von ihrem Arbeitgeber Auskunft zu verlangen über das Durchschnittseinkommen der Kolleginnen und Kollegen, die eine gleiche oder gleichwertige Arbeit verrichten. Und: Eine Behörde muss kontrollieren, ob sich die Firmen ans Gesetz halten, und darf sogar mit Geldstrafen sanktionieren. Arbeitnehmende haben zudem Anrecht auf eine Entschädigung, wenn Arbeitnehmende durch die Verletzung von Rechten und Pflichten im Zusammenhang mit dem Grundsatz des gleichen Lohns zu Schaden gekommen sind.

LOHN-ZERTIFIKAT. In Island ist 2018 ein umfassendes Gleichstellungsgesetz in Kraft getreten, das Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in allen Bereichen der Gesellschaft verbietet, insbesondere auch die Lohndiskriminierung (work berichtete: rebrand.ly/island-als-beispiel). Um die Lohngleichheit durchzusetzen, wurde eine obligatorische Zertifizierung der Lohngleichheit eingeführt. Unternehmen mit 25 oder mehr Arbeitnehmenden müssen nachweisen, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für die gleiche oder gleichwertige Arbeit erhalten. Eine unabhängige Zertifizierungsstelle prüft, ob alle Anforderungen eingehalten sind. Ist dies der Fall, erhält das betreffende Unternehmen ein «Equal-Pay-Label». Der Nachweis muss alle drei Jahre erneuert werden. Bei Nichtbeachtung der Zertifizierungspflicht drohen Geldstrafen. (asz)

Bildungsreform in der Lehre: ABU-Änderungen kommen nicht durch FDP inszeniert sich als Retterin der Stiffti, aber...

Der allgemeinbildende Unterricht (ABU) sollte ab 2026 mit einer schriftlichen Arbeit abgeschlossen werden. Doch aus dieser längst fälligen Reform wird nichts. Auch weil sie FDP-Chef Burkart nicht passt.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Seit 2019 liegt die längst fällige Revision der Lehrpläne in den Berufsschulen bereit. Doch dann entdeckte FDP-Chef Thierry Burkart die Berufsbildung und entfachte ein Feuer rund um den Lehrabschluss für den allgemeinbildenden Unterricht (ABU). Das Schulfach ABU besuchen Lernende, die Polymechaniker, Zeichnerin, Detailhändler, Zimmerin und viele weitere Berufe werden wollen. Mit der Bildungsreform sollten diese Lehrberufe das Fach ABU statt mit einer Prü-



DOPPELMORAL: Die FDP wettet gegen künstliche Intelligenz, nutzt aber KI-Bilder, um KI zu kritisieren.

ILLUSTRATION: KI-GENERIERT VON DER FDP

fung mit einer schriftlichen Arbeit abschliessen können.

Das passte Burkart nicht in den Kram. «Die Schweiz braucht mündige, demokratiereife Bürgerinnen und Bürger. [...] Allgemeinbildung kann sich doch nicht darauf beschränken, künstliche Intelligenz zu bedienen. Schülerinnen und Schüler müssen bei Prüfungen ihr Wissen unter Beweis stellen», schreibt Burkart auf dem sozialen Netzwerk LinkedIn. Totale Doppelmoral: Gleichzeitig be-

dient sich die Kommunikationsabteilung der FDP munter an KI-generierten Fotos.

VERPASSTE CHANCE. Der Bundesrat knickte ein und kommuniziert: Die Abschlussprüfung bleibt. Die vermeintliche Rettungsaktion der FDP ist pure Posse. Nicole Cornu, Zentralsekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, sagt: «Die FDP hat erst letztes Jahr das Thema Bildung neu für sich entdeckt. Ihr Papier zum Thema Be-

rufsbildung wurde seit über zehn Jahren nicht aktualisiert.»

Schriftliche Arbeit statt Abschlussprüfung – damit wären (fast) alle einverstanden gewesen. Doch eine Arbeit alleine reicht jetzt nicht, eine Prüfung ist Pflicht. «Dass jeder Kanton selber entscheiden kann, ob er die Abschlussprüfung mündlich oder schriftlich anbieten will, ist zwar kein Rückschritt, aber eine verpasste Chance bezüglich der Chancengerechtigkeit», so Cornu. Denn der Lehrplan wurde seit 20 Jahren nicht mehr reformiert. Zu lange, fin-

Der Bundesrat knickt ein, die Prüfung bleibt.

det Cornu: «In 20 Jahren hat sich enorm viel gewandelt, gerade im Bereich der digitalen Transformation, des Klimawandels und der nachhaltigen Entwicklung. Es ist deshalb wich-

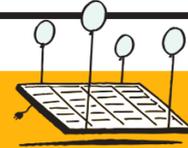
tig, dass das Allgemeinwissen der Lernenden gestärkt wird und auf dem neusten Stand ist.»

ABU IST WICHTIG. Wie umfassend das Fach ist, zeigt ein Einblick in den Lehrplan: Einstieg ins Berufsleben, Geld und Konsum, Schweizer Politik sowie Arbeit und Zukunft. Genauso wichtig: Der Lernbereich Sprache und Kommunikation, Hörverstehen, Präsentationen, Texte schreiben sind Teil des Unterrichts. Dazu Cornu: «Die meisten Personen bleiben nicht ihr Leben lang im gleichen Beruf. Umso wichtiger ist es, ihnen nicht nur Wissen weiterzugeben, sondern ihnen praxisbezogen den Erwerb von Handlungskompetenzen zu ermöglichen.» Umso wichtiger, nicht nur im Unterricht selbst, sondern auch beim Lehrabschluss mit der Zeit zu gehen.

FORDERUNG:
8 WOCHEN FERIEN FÜR LERNENDE

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fordert für Lernende jährliche Ferien von 8 Wochen. Die Begründung: Lernende werden gegenüber Mittelschülerinnen und -schülern nicht gleichbehandelt. Wer keine Lehre macht, sondern eine Mittelschule, hat 13 Wochen Ferien im Jahr.

DER WEG. Die Ferienregel von 8 Wochen soll für alle Berufslernenden gesetzlich verankert oder über Gesamtarbeitsverträge geregelt werden. Erst 2023 lehnte das eidgenössische Parlament eine Motion ab, die 6 Ferienvochen für die Berufslernenden forderte. (dak)



Aufrüstung als Industriepolitik: Militärisch sind wir neu das Loch im deutschen Gugelhopf

Die neue deutsche Regierung wird ein gigantisches Konjunkturprogramm anschieben. Auch mit Investitionen in die Aufrüstung. Ist das sinnvoll? Und was macht die Schweiz?

Wir erleben eine mehrfache Zeitenwende und sind nicht sicher, ob wir alles halbwegs richtig mitbekommen. Beginnt mit US-Präsident Donald Trump ein neues Zeitalter der autoritären Oligarchen und Milliardäre, die rücksichtslos ihre Interessen durchsetzen wollen? Oder kommt es bereits bei den nächsten Wahlen – den Midterms – zu einer ersten Kurskorrektur? Schlicht und einfach, weil die USA in eine Trump-Rezession zu rutschen scheinen.

Vergessen wir nicht: SVP-Bundesrat Albert Rösti empfahl, Trump zu wählen. FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter findet Trumps Vize J. D. Vance «typisch schweizerisch». Für Ems-Chefin und Multimilliardärin Magdalena Martullo-Blocher ist Trump gleich wie sie. Und jetzt setzt Trump die Schweiz auf eine schwarze Liste: Der rasende Donald wird uns piesacken, wo er nur kann. Im Gegensatz zum rechten Block im Bundesrat findet Historiker Martin Pfister, eben zum Bundesrat gewählt, klare Worte gegen diesen amerikanischen Neo-imperialismus.

Aber all das ist – bezogen auf die Auswirkungen für die Schweiz – Pipifax, verglichen mit dem, was sich in Deutschland gerade abspielt:

Die neue deutsche Regierung wird ein gigantisches Konjunkturpro-



VORHER USA, JETZT DEUTSCHLAND: Bisher war die Schweiz das Loch im amerikanischen Donut, jetzt übernimmt der deutsche Gugelhopf. FOTO: PD

gramm anschieben. Die Schuldenbremse wird verschrottet.

Es geht um 1500 bis 2000 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen in Aufrüstung und Infrastruktur. Umgerechnet auf die Schweiz, entspricht dies 240 Milliarden Franken oder zehn Neat-Basistunnel.

Das wird in Deutschland ein gewaltiges Wirtschaftswachstum auslösen von jährlich absehbar 2,5 Prozent. Natürlich wäre es sinnvoller, den Grossteil des Geldes in den ökologischen Umbau und nicht in die unnötige Aufrüstung zu stecken.

Warum unnötig: Schon heute geben die europäischen Länder zusammen drei Mal so viel Geld für das Militär aus wie Russland, das uns angeblich bedroht.

Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Moritz Schularick, hat die CDU und die SPD beraten. Er geht davon aus, dass Deutschland in den nächsten Jahren 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Aufrüstung stecken muss. So viel wie Polen schon heute.

Gleichzeitig will er Forschung, Entwicklung und Produktion von

Waffen total umstellen. Drei Beispiele:

Schularick I: Es ist sinnvoller, eine Million Drohnen zu kaufen als 2000 neue Panzer.

Schularick II: Für den Kampfflieger F-35 gilt: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Schularick III: Deutschland braucht Überschallraketen.

SOLIDARISCHE SICHERHEIT. Traurig, aber wahr: Mit Investitionen in Aufrüstung kann man Industriepolitik machen, das zeigt uns das Beispiel USA. Und Aufrüstung im Bereich von 3,5 Prozent des BIP führt zu mehr Arbeit und Wachstum. Und mehr Wachstum von 2,5 Prozent pro Jahr frisst Schulden in Prozent des BIP.

Bisher war die Schweiz militärisch das Loch im US-amerikanischen Donut, weil sie der Nato nicht angehört. Neu sind wir das Loch im deutschen Gugelhopf. Weil wir richtigerweise neutral bleiben wollen, könnten und müssten wir abrüsten. Gemeinsam mit Österreich und koordiniert. Eine gemeinsame Luftpolizei wäre ein erster Schritt.

Die Dimensionen: Wenn wir vergleichbar viel wie Deutschland in die solidarische, vor allem zivile Sicherheit stecken würden, wären das 30 Milliarden Franken pro Jahr. Wenn wir davon 3 Milliarden für die Armee ausgeben, wie es SVP-Führer Christoph Blocher in jungen Jahren auch schon gefordert hat, bliebe sehr viel Luft für zivile, internationale Projekte.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/kritik-aufruestung
Deutsche Politiker kritisieren die Schweiz, weil sie zu wenig schnell aufrüste. Die richtige Antwort: Wir rüsten ab und investieren vergleichbar viel wie die Deutschen in viel wichtigere zivile, internationale Projekte. Leider ist die Schweizer Linke zurzeit noch etwas konzeptlos.

● rebrand.ly/bernie-gegen-trump
Der linke US-Senator Bernie Sanders reist mit seiner «Stoppt-die-Oligarchie-Tour» seit Mitte Februar durch Wahlkreise, die im November von den Republikanern gewonnen wurden. Und er füllt die Säle, während die Demokraten noch nicht wieder aus der Kamala-Harris-Depression aufgetaucht sind.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch

INSERAT

Einberufung des fünften ordentlichen Kongresses der Gewerkschaft Unia

20 Jahre stark Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

23. – 25. Oktober 2025 in Brig, Simplonhalle

Der Zentralvorstand der Unia hat am 26. Oktober 2022 beschlossen, den fünften ordentlichen Kongress der Gewerkschaft Unia durchzuführen. Der Kongress wird vom 23. bis 25. Oktober 2025 in Brig in der Simplonhalle stattfinden. Der Kongress steht unter dem Motto «Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit».

Der Kongress wählt zudem die Geschäftsleitung und die Mitglieder des Zentralvorstands. Antragsberechtigt sind gemäss Unia-Statuten die Regionen (und die Sektionen durch ihre Regionen), die Sektoren (und die Branchen durch ihre Sektoren), die Interessengruppen, die Delegiertenversammlung, der Zentralvorstand und die Geschäftsleitung.

Anträge und Wahlvorschläge sind bis spätestens am 23. Juli 2025 schriftlich einzureichen.

Die Hauptthemen sind:

- Tätigkeitsbericht und Bilanz Strategie 2021–2025
- Strategische Ziele 2025–2029
- Perspektiven 2045
- Positionspapiere zu gewerkschaftspolitischen Themen
- Resolutionen

VERDIENT DAS 200FACHE EINER LABORANTIN:
Novartis-CEO Vas Narasimhan weist einen Jahreslohn
von 19,2 Millionen Franken aus. FOTO: KEYSTONE



Novartis-GV: Abzockerlöhne und der schöne Schein

Pharmakonzern im Gewinnrausch

In der St. Jakobshalle in Basel treffen Kleinaktionäre und -aktionärinnen von Novartis auf die abgehobene Konzernleitung. Mit Buffet, Dividenden und Scheinmitsprache versuchen die Bosse, die empörten Geister zu beschwichtigen. work hat sich unter die Aktionärs-gemeinde gemischt.

IWAN SCHAUWECKER

Hunderte Kleinaktionärinnen und -aktionäre, vorwiegend im Rentenalter, strömen an diesem Morgen im März in die Basler St. Jakobshalle an die Generalversammlung des Pharmakonzerns Novartis. Auf dem Bildschirm beim Einlass wird auf das erweiterte Buffetangebot hingewiesen: Neu gibt's neben Käse- und Spinatküchlein auch Fruchtsalat und Himbeer-Brownies zum Frühstück. Ein Aktionär sucht vergebens sein Birchermüesli. Er ist entrüstet: «Das Birchermüesli ist dem Schweizer heilig. Da wird am falschen Ort gespart, damit man dem CEO 19 Millionen in die Tasche stecken kann!»

DAS ENDE EINER ÄRA

Drinnen, in der abgedunkelten Halle, spricht Verwaltungsratspräsident Jörg Reinhardt (69). Nach 12 Jahren im Amt ist es seine letzte GV. Er sagt: «Wir haben die Dividenden für die Aktionäre während meiner Amtszeit jedes Jahr um durchschnittlich 7 Prozent erhöht!» Der Umsatz von Novartis stieg im letzten Jahr um 12 Prozent auf 50,3 Milliarden Dollar und der Reingewinn auf 15,7 Milliarden. Trotz der Dividendenzahlung von 3 Franken 50 pro Aktie und dem absoluten Rekordergebnis gibt es vom Publikum nur einen verhaltenen Applaus für den abtretenden Verwaltungsrat.

ASTRONOMISCHE RENDITEN

Dann versucht es der US-amerikanische CEO Vas Narasimhan (49) mit ein paar Worten auf deutsch, bevor er auf englisch weiterfährt:

«Wir haben eine spannende Zukunft vor uns! Wir sind die wertvollste Medizinfirma der Welt!» Narasimhan hat das Unternehmen zusammen mit Reinhardt zu einem reinen Pharmakonzern und einer noch erfolgreicheren Geldmaschine umgebaut. Heute erzielen vor allem die Krebs- und Herz-Kreislauf-Medikamente Traumrenditen. Aber auch die Gentherapie Zolgensma für die Behandlung von spinaler Muskelatrophie. Eine Dosis dieses Medikaments kostet Prämienzahlerinnen und Prämienzahler sowie den Staat bis zu zwei Millionen Franken. Damit das auch in Zukunft so bleibt, ist Narasimhan neben seinem Job als Novartis-CEO auch Vorsitzender der mächtigen US-Pharmalobby PhRMA. Novartis erzielt 40 Prozent seines Umsatzes in den USA und ist auf Gesetze angewiesen, welche die Patente und die sehr hohen Medikamentenpreise schützen.

LOHNGEFÄLLE 1:200

Als nächstes tritt Rolf Kurath (siehe Interview rechts) ans Mikrophon. Er ist Unia-Mitglied und Präsident von Actares, einem Verein von Aktionärinnen und Aktionären für Konzernverantwortung. Er sagt: «Der CEO ist nur so viel wert wie die Belegschaft. Extreme Boni verstoßen gegen die Lohngerechtigkeit und sind ein Risiko für den sozialen Frieden.» Einschliesslich der Boni verdiente Narasimhan im letzten Jahr 19,2 Millionen Franken, etwa das 200fache einer Novartis-Laborantin. Auch das Jahressalär von Reinhardt sprengt mit 3,8 Millionen Franken die Vorstellungskraft von Normalverdienenden. Die zynische Antwort von Reinhardt auf die Kritik an Abzockerlöhnen: «Im Prinzip haben wir die gleiche Auffassung: Wir müssen das Beste machen für das Unternehmen, nicht für das eigene Portemonnaie. Aber global gesehen liegen wir bei den Vergütungen im Mittelfeld.»

«Eine 13. Monatsrente sollte doch möglich sein.»

WILLI MÜLLER, PENSIONIERTER MITARBEITER VON NOVARTIS

Der pensionierte Novartis-Mitarbeiter Willi Müller humpelt auf einen Stock gestützt die Treppenstufen des Rednerpodiums hoch. Er

EHEMALIGER FORDERT RENTENERHÖHUNG

Der pensionierte Novartis-Mitarbeiter Willi Müller humpelt auf einen Stock gestützt die Treppenstufen des Rednerpodiums hoch. Er

Im Wandel: Pharmariese Novartis

Novartis hat seine Aktivitäten im Bereich Tiermedizin, Augenheilkunde (Alcon), Impfstoffproduktion und Generika (Sandoz) in den letzten Jahren verkauft und sich zu einem reinen Pharmakonzern gewandelt. Heute beschäftigt Novartis weltweit 76 000 Mitarbeitende, davon etwa 10 000 in der Schweiz. Der Novartis Campus Basel ist globaler Hauptsitz mit 7000 Mitarbeitenden in der Forschung, Entwicklung und im Management. In Stein AG produzieren 1600 Mitarbeitende personalisierte Zell- und Gentherapien und in Schweizerhalle BL weitere 200 Personen chemische Wirkstoffe. Weltweit betreibt Novartis 30 Produktionsstandorte. (isc)

sagt: «Für Novartis sollte eine 13. Monatsrente möglich sein, für mich ist es mit meiner Rente nicht mehr möglich, meine Familie zu unterstützen.» Seit 19 Jahren habe er keine Rentenerhöhung erhalten und komme einschliesslich AHV auf ein Einkommen von jährlich 65 000 Franken. «Vergleicht man meinen Lohn mit dem des CEO, dann müsste ich 291 Jahre arbeiten.» VR-Präsident Jörg Reinhardt mimt Betroffenheit über die finanzielle Situation des Rentners, macht aber keinerlei verbindliche Zusagen zur Prüfung einer generellen Rentenerhöhung.

SCHEINMITBESTIMMUNG

Den Antrag von Actares und der Pensionskassenvertretung Ethos, die Abzockerlöhne abzulehnen, unterstützen 12 Prozent der Aktionärinnen und Aktionäre. Ein Achtungserfolg. Denn nur etwa 20 Prozent der Aktien befinden sich im Besitz von natürlichen Personen. Der Rest ist im Besitz von Pensionskassenfonds oder Investoren wie Blackrock oder der UBS. Die Mehrheit der 1693 anwesenden Kleinaktionärinnen und -aktionäre im Saal stimmte mutmasslich gegen die Abzockerlöhne. Nach etwas weniger als zwei Stunden ist der Spuk vorbei. CEO Narasimhan nimmt abgeschirmt von Bodyguards den Seitenausgang. Zum Abschied gibt es für die Anwesenden noch ein Basler Lägerli mit der Aufschrift «Danke». Danke, dass Sie weiterhin den Schein der Mitbestimmung wahren.

Gewerkschafter zur GV «Ein Gefäss zum Dampf-ablassen»

Rolf Kurath (71) ist Präsident der Aktionärsvereinigung Actares und Unia-Mitglied. Er setzt sich gegen übertriebene Boni und krumme Geschäfte von Konzernen ein.

IWAN SCHAUWECKER

work: Die GV gleicht einer Show. Wem dient diese Versammlung?

Rolf Kurath: Die GV ist die Landsgemeinde der Kleinaktionärinnen und -aktionäre. Die grossen Investoren sprechen gar nicht. Die GV ist keine Demokratie, aber es ist ein Gefäss zum Dampf-ablassen.

Wieso sind Sie bei Actares aktiv?

Ich möchte, dass das Geld, das in Aktien angelegt ist, ethisch korrekt investiert ist. Mit Actares schauen wir den Schweizer Konzernen auf die Finger. Das machen wir, indem wir die Geschäftsberichte analysieren, mit den Unternehmen im Dialog sind und indem wir abstimmen und uns an Generalversammlungen zu Wort melden.

Hatten Sie bei Novartis Erfolg?

Noch vor acht Jahren war Novartis in zahlreiche Bestechungsaffären involviert. Das war noch die Kultur aus der Zeit von Daniel Vasella, der bis 2013 Verwaltungsratspräsident von Novartis war. VR-Präsident Reinhardt

«Novartis will jegliche staatliche Regulierung der Preise abklemmen.»

und der CEO Narasimhan haben aufgeräumt. Wir beobachten bei Novartis heute kaum noch Verstösse gegen geltende Gesetze.

Und dennoch gibt es grundsätzliche Kritik am Geschäftsmodell.

Novartis will jegliche staatliche Preisregulierung bei den Medikamenten abklemmen. Da geht es um die Monopolgewinne durch Patentschutz, die diese astronomischen Renditen bringen. Die Staaten haben es bisher nicht geschafft, diese Preissetzungsmacht der Pharmakonzerne zu knacken. Novartis investiert auch Millionen in das Lobbying, damit das weiterhin so bleibt.

Waren Sie auch an anderen Generalversammlungen?

Ich bin bei Actares in der Pharmagruppe und gehe auch an die GV von Sandoz und Roche. Actares ist zudem regelmässig an der GV von Holcim, Nestlé, Swiss Re, UBS und Zurich vertreten.

Rolf Kurath: Kennt beide Seiten



GEWERKSCHAFTER AUS ÜBERZEUGUNG:
Rolf Kurath. FOTO: ZVG

Jurist und Organisationsentwickler Rolf Kurath war von 1991 bis 1993 in der Leitung der Unia-Vorgängergewerkschaft GBI und ist bis heute überzeugter Gewerkschafter und Unia-Mitglied. In seinem Berufsleben sass er auf beiden Seiten des Verhandlungstisches: Ab dem Jahr 2000 war er Delegierter für Sozialpartnerschaft von Swisscom und verhandelte als Arbeitgebervertreter. Seit 2019 ist er Mitglied bei Actares und seit 2020 Präsident des Vereins.

EUropa
Roland Erne

Wahlen in Rumänien Rechtsradikaler Tiktok-Star

Liberalen Demokratien stehen unter Druck wie seit langem nicht mehr. So auch in Rumänien. Ende 2024 gewann Ultranationalist Călin Georgescu mit 23 Prozent der Stimmen den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen. Doch das rumänische Verfassungs-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

gericht annullierte die Wahl. Jetzt wird am 4. Mai 2025 in Rumänien erneut gewählt.

WAHLMANIPULATION. Das Gericht ordnete die Wahlwiederholung an, da Georgescu die Herkunft seiner Wahlkampfmittel verheimlichte und von groben Manipulationen aus dem Ausland profitierte. Und zwar via Social Media. Vor dem Wahlkampf hatte Georgescu nur 100 Follower auf TikTok. Dann avancierte er plötzlich zur weltweit

Die Diaspora wählte vor allem die Rechtsradikalen.

neutbekannteste Tiktok-Person. Inzwischen hat das Verfassungsgericht Georgescu von der Wiederholungswahl ausgeschlossen. Trotz lautstarken Protesten von X- und Tesla-Boss Elon Musk, US-Vizepräsident J. D. Vance sowie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

HITLERGRUSS. Georgescu musste zugeben, dass er die Wahlbehörde angelogen hatte. Zudem läuft ein Strafverfahren gegen ihn wegen Beteiligung an einem Plan, die verfassungsmässige Ordnung Rumäniens mit Hilfe faschistischer Gruppen umzustürzen. An seiner Gerichtsvernehmung verneinte Georgescu dies, was ihn aber nicht daran hinderte, gleich nach der Vernehmung seine Unterstützer mit dem Hitlergruss zu grüssen.

Die rumänischen Rechtsradikalen werden am 4. Mai mit einem anderen Kandidaten antreten. Es zeichnet sich ein knappes Rennen gegen Crin Antonescu ab. Er ist der gemeinsame Kandidat der Sozialdemokraten, Christdemokraten und der ethnischen Minderheiten. Auch wenn sich diese «proeuropäische» Koalition durchsetzen sollte, bleibt eine Frage offen: Wieso sind die rumänischen Rechtsradikalen derzeit so erfolgreich?

DIASPORA. Die mit Abstand besten Wahlergebnisse erreichten die rumänischen Rechtsradikalen in der Diaspora. In Deutschland stimmten fast 58 Prozent aller Ausländerinnen und -rumänen für Georgescu. Dagegen gewann der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat und Ministerpräsident Marcel Ciolacu in Westeuropa weniger als 2 Prozent der Stimmen. Ein Grund für diesen Rechtsrutsch: In den letzten Jahren konnten die Sozialdemokraten zwar drastische Lohnkürzungen rückgängig machen, die die neoliberalen Regierungen in der Finanzkrise von 2008 durchgesetzt hatten. Doch davon profitierten die im Ausland lebenden Rumäninnen und Rumänen kaum.

Zudem machen die meisten rumänischen Búezerinnen und Búezer in Westeuropa kaum positive Erfahrungen der sozialen und demokratischen Teilhabe. Dies könnte auch erklären, wieso in Deutschland fast doppelt so viele von ihnen rechtsradikal wählten als in der Schweiz. Dank der flankierenden Massnahmen verfügen sie in der Schweiz über effektivere Hebel, um ihren Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen zu können.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.

Härtere Gesetze gegen Mord an Frauen, sexuelle Gewalt und Drohungen

Italien verschärft Strafe für Femizide



FÜREINANDER DA: Demo gegen Gewalt an Frauen in Rom. FOTO: KEYSTONE

Die Regierung von Giorgia Meloni hat in Italien ein neues Gesetz verabschiedet: lebenslange Haft für Täter von Femiziden. Wird Meloni von der Faschistin zur Feministin?

DARIJA KNEŽEVIĆ

113 Frauen wurden letztes Jahr in Italien ermordet. Der Grund für ihren Tod: ihr Geschlecht. Wird eine Frau von ihrem Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet, nennt man dies einen Femizid. Nicht nur Italien hat ein massives Problem damit, sondern es ist ein internationales. In der Schweiz kam es im Jahr 2024 zu 20 Femiziden. In Deutschland wurde im gleichen Jahr täglich eine Frau getötet.



UNTER DRUCK: Giorgia Meloni. FOTO: KEYSTONE

Das Problem mit den Femiziden hat Italiens Regierung unter Neofaschistin Giorgia Meloni erkannt. Am 8. März, dem Weltfrauentag, kommunizierte die Regierung den neuen Gesetzesentwurf für Haftstrafen bei Femiziden. Der Entwurf muss noch vom Parlament und den beiden Kammern bewilligt werden. Im revidierten Gesetz sollen Femizide als eigen-

er Straftatbestand gelten und grundsätzlich mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe bestraft werden. Auch weitere Verschärfungen der Strafen sieht das Gesetz bei sexueller Gewalt, Drohungen oder Hassbotschaften vor. Sehr fortschrittlich und feministisch von Meloni? Jein, nicht ganz. Denn mit Femiziden wie jenem von Studentin Giulia Cecchetti (work berichtete: rebrand.ly/giuliacicchettin), der grosse Demonstrationen auslöste, scheint Meloni unter Druck zu stehen.

WO FÄNGT GEWALT AN?

Die italienische Linke, unter der Leitung von Parteichefin Elly Schlein, zeigt sich kritisch zum neuen Gesetzesentwurf. Sie sind nicht fundamental dagegen, doch das Gesetz allein reicht nicht. Es brauche einen Kulturwandel beim Umgang der Geschlechter in Italien. Und mehr Präventionsarbeit – noch lange bevor es zu Eskalationen wie Gewalt oder sogar Mord kommt. Denn Femizide sind nur die Spitze der sogenannten Gewaltpyramide. Sie beginnt mit sexistischem Humor, dem Abwerten der Frau und baut sich auf mit Annäherungen oder Berührungen ohne Zustimmung, denen Missbrauch und Vergewaltigungen folgen, bis es dann zum Femizid kommt.

Die Schweizer Kriminologin Nora Markwalder sagte es in einem work-Interview kürzlich so: «Bis es zur tödlichen Gewalt kommt, gehen oftmals jahrelange Beziehungskrisen

voraus und hat bereits häusliche Gewalt stattgefunden» (das ganze Interview hier: rebrand.ly/markwalder).

FEMIZID ALS TATBESTAND

Das neue Gesetz in Italien würde Femizide neu als Tatbestand werten. Bedeutet: Ein Femizid wäre eine tatsächliche Voraussetzung für eine rechtliche Konsequenz. In Europa sind es erst wenige Länder, die bei Mordfällen diesen Tatbestand berücksichtigen, darunter Zypern, Malta und Kroatien. In Belgien gilt seit 2023 ein Gesetz, welches das Monitoring und die Prävention von Femiziden festlegt. Spanien

Es braucht einen Kulturwandel beim Umgang mit Geschlechtern in Italien.

hingegen erfasst bereits seit 2007 die Daten zu geschlechterspezifischer Gewalt. Seit dem gleichen Jahr hat Spanien zudem die Rechte und den Schutz von betroffenen Frauen gestärkt. Spanien als Vorreiterin, die Schweiz dagegen noch in den Kinderschuhen.

ZU WENIG FRAUENHÄUSER

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) informiert auf seiner Website über das Ausmass und die Rechtslage beim Thema Gewalt gegen Frauen. Der Begriff Femizid wird im Schweizer Recht bislang nicht offiziell verwendet. Wann spricht man von Gewalt? Das EBG definiert: «Als Gewalt gegen Frauen und Mädchen gelten gemäss Istanbul-Konvention alle Handlungen, die zu körperlichen, psychischen, sexuellen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden bei den Betroffenen führen oder führen können.» Dazu zählen:

- körperliche Gewalt (einschliesslich Tötungsdelikten)
- psychische Gewalt
- sexuelle Gewalt
- wirtschaftliche Gewalt
- Stalking
- Zwangsheirat
- Genitalverstümmelung
- Zwangsarbeit
- sexuelle Belästigung

2017 unterzeichnete die Schweiz das Übereinkommen des Europarates gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention. Doch die Schweiz hält sich nur bedingt daran: Beispielsweise sind in der Schweiz 77 Prozent zu wenig Zimmer in Frauenhäusern vorhanden. Die Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein, Brava und viele weitere Organisationen fordern seit Jahren einen Ausbau der Präventionsarbeit und der Schutzplätze für Frauen in der Schweiz.

Serbien, Slowakei, Ungarn: Die Menschen haben genug von ihren Regierungschefs

Proteste gegen Autokraten

Erneut gehen in Serbien Hunderttausende auf die Strassen. Sie protestieren gegen die korrupte Regierung unter Präsident Aleksandar Vučić. Doch nicht nur die serbische Bevölkerung protestiert gegen Autokraten.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Es sind eindrückliche Bilder, die uns aktuell aus Belgrad erreichen. Am 15. März reisten Hunderttau-

Die Korruption macht allen im Land das Leben schwer.

sende Menschen aus ganz Serbien in die Hauptstadt. Zum grössten Protest, den das Land je gesehen

hat. Abends besetzten sie den Verkehrsknotenpunkt «Slavija». An diesem Kreisel treffen sieben Strassen zusammen. Doch an diesem Abend herrscht Stillstand.

ALLE SIND DABEI

Seit November 2024 dauern die Proteste in Serbien an. Auslöser war ein eingestürztes Bahnhofsdach in der Stadt Novi Sad, das 15 Menschen das Leben kostete. Angeführt von den Studierenden, fordert die Bevölkerung das Ende der Korruption im Land (work berichtete: rebrand.ly/protesteserbien). Die Studierenden sind weiterhin federführend für die Proteste und finden immer mehr Unterstützung. Ein politisch breiter Protest, der zeigt: die Korruption macht allen im Land das Leben schwer.



SIE KRIEGEN DEN MUND NICHT VOLL: Die Protestierenden in Belgrad knüpfen sich die Elite auch mit Humor vor. FOTO: KEYSTONE

Nicht nur in Serbien gingen vergangenes Wochenende viele Menschen auf die Strassen, sondern auch in Budapest, Ungarn. Am ungarischen Nationalfeiertag riefen die Oppositionsführer zu Grossprotesten auf. Zehntausende

gingen gegen den Premier Viktor Orbán auf die Strassen. Die Forderung auch hier: das Ende der Korruption. Auch in der Slowakei demonstrieren Tausende Menschen gegen den Russlandkurs von Regierungschef Robert Fico.

Kommentar von Solidar-Geschäftsleiter **Felix Gnehm**

Die Welt in Schiefelage

ERST DER ANFANG: Die US-Regierung hat der Entwicklungsagentur USAID die Gelder eingefroren und die internationale Solidarität damit begraben. Andere Länder ziehen nach, auch die Schweiz. FOTO: ZVG / SOLIDAR



SCHWEIZER NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN (NGO):

DRAMATISCHE ZAHLEN

Nach aktuellen Schätzungen sind die Auswirkungen der eingefrorenen USAID-Gelder für die Schweizer NGO verheerend

- 32 Projekte sind betroffen. Weniger als 10 Prozent davon haben noch eine Chance auf Fortsetzung.
- 3,4 Millionen Menschen verlieren weltweit den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen.
- 66 Millionen Franken, die vertraglich gesichert schienen, werden für die Jahre 2025 und 2026 verloren gehen.
- 14 Millionen Franken waren am 24. Januar 2025 noch ausstehend. Wird dieser Betrag nicht gezahlt, entsteht ein Gesamtverlust von 80 Millionen Franken.
- Zahlreiche Berichte sprechen von schwerwiegenden Folgen für die an den Projekten beteiligten Personen sowie für die NGO und ihre Programme

Solidar Suisse unterstützt Arbeiterinnen und Arbeiter in der ganzen Welt. Geschäftsleiter Felix Gnehm berichtet für work, welche Auswirkungen der Kahlschlag bei USAID hat – auch auf seine Organisation.

«Rechtsruck in Europa, ein radikaler Kahlschlag der US-Regierung in der internationalen Zusammenarbeit, das Aussetzen der Ukraine-Unterstützung durch Washington und massive Kürzungen bei der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) – während Grossbritannien und die Niederlande nachziehen. Die interna-



JETZT ERST RECHT: Solidar-Chef Felix Gnehm. FOTO: ZVG

tionale Solidarität fällt gerade in Trümmer. Das ist beängstigend. Was bedeutet das für uns? Und was können wir tun? Täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften aus den USA. Der drastische Abbau bei USAID, die Missachtung internationaler Verpflichtungen und eine kompromisslose «America first»-Politik setzen ein deutliches Zeichen: Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit sind für die gegenwärtige US-Regierung nur noch lästige Relikte vergangener Tage. Nun trifft es auch Solidar Suisse direkt: Am 25. Februar erreichte uns ein offizielles Schreiben der US-Entwicklungsagentur USAID. Darin heisst es: «Die US-Regierung unter Aussenminister Rubio hat festgestellt, dass Ihr Projekt nicht mit den Interessen der USA übereinstimmt. Daher wurde beschlossen, die Finanzierung einzustel-

len.» Dies trifft ein Programm, das 36 000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den prekärsten Wirtschaftszweigen Asiens unterstützte – entwickelt in enger Zusammenarbeit mit den US-Behörden.

EIN DREHBUCH AUS DER DYSTOPIE

Nun wird es über Nacht zerschlagen. Eine Entscheidung, die Teil eines klaren Musters ist: Was nicht ins ideologische Weltbild passt, wird geopfert – ungeachtet der katastrophalen Folgen. Ihr Drehbuch beim Zerschlagen jener Teile der US-Verwaltung, die ihnen nicht passen, erinnert an George Orwells «Animal Farm». Nachdem die Farmtiere die Menschen vertrieben haben, artet die erfolgreiche Revolution in eine Diktatur der Schweine aus, angeleitet durch die beiden Leitschweine Napoleon und Schneeball. Auf der Farm bleibt kein Stein auf dem anderen. Was ihnen passt und ihre Macht sichert, bleibt. Alles andere muss weg, kritische Stimmen werden mundtot gemacht, ohne Widerspruch.

DIE KÜRZUNGEN KOSTEN MENSCHENLEBEN

Genau so geht die US-Regierung also mit USAID vor, der weltweit grössten staatlichen Entwicklungsagentur. Im Januar 2025 hat sie rund 60 Milliarden Hilfsgelder für USAID und Uno-Hilfsorganisationen eingefroren. USAID finanziert zahlreiche Kooperationsprojekte wie jenes mit Solidar Suisse. Aber auch lebensrettende humanitäre Programme in vergessenen Kriegen und Katastrophen. In den vom Finanzierungsstopp betroffenen Ländern wurden bereits Millionen von Menschen in Not gestürzt. Die US-Schergen zwingen nun also auch Solidar Suisse dazu, die

Zusammenarbeit mit Zehntausenden Frauen und Männern in asiatischen Ausbeuterbetrieben zu beenden. Besonders gravierend ist das abrupte Ende vielversprechender Initiativen in der Gig Economy. Solidar Suisse hatte wirksame

Solidarität ist für die US-Regierung ein lästiges Relikt vergangener Tage.

Massnahmen entwickelt, um Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen, die durch Apps und Algorithmen ausgebeutet werden. Jetzt stehen sie im Regen. Die USA haben nicht einmal bereits 2024 bewilligte Gelder ausgezahlt. Sollte die versprochene halbe Million Franken ausbleiben, könnte Solidar Suisse selbst in finanzielle Schiefelage

geraten. Während in den USA Entwicklungsprojekte aus ideologischen Gründen geopfert werden, zieht die Schweiz nach – aus ähnlichen

geraten. Während in den USA Entwicklungsprojekte aus ideologischen Gründen geopfert werden, zieht die Schweiz nach – aus ähnlichen

Beweggründen, soll doch das Geld der internationalen Zusammenarbeit neu für Aufrüstung eingesetzt werden. Im Februar 2025 teilte die Deza den Organisationen offiziell mit, wie stark die in der Wintersession vom Parlament beschlossenen Budgetkürzungen die Entwicklungszusammenarbeit treffen werden. Die Einsparungen belaufen sich auf insgesamt über 250 Millionen Franken – ein massiver Einschnitt. Für uns bedeutet dies eine Kürzung von über einer Million Franken über zwei Jahre. Die Konsequenz: Solidar Suisse muss noch in diesem Jahr fünf Projekte einstellen. Tausende Menschen verlieren den Zugang zu überlebenswichtiger Unterstützung. Diese Kürzungen sind nicht abstrakt – sie kosten Menschenleben. Während globale Krisen eskalieren, wird humanitäre Unterstützung

systematisch ausgehungert. Organisationen, die jahrzehntlang vor Ort gewirkt haben, sind in ihrer Existenz bedroht.

EIN DÜSTERES SZENARIO WIRD REALITÄT

Ähnlich wie die Schweiz haben nun auch Grossbritannien und die Niederlande angekündigt, Gelder der Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen – um das Militär zu stärken. Diese Entscheidung reiht sich in einen besorgniserregenden Trend ein, bei dem die Schweiz keine gute Vorreiterrolle einnimmt.

Wir hätten es anders gehofft, doch diese Entwicklung überrascht uns nicht. Bereits in unserer Strategie 2020–2024 hatten wir ein düsteres Szenario formuliert: «Die Welt ist von Renationalisierung und Protektionismus geprägt. Populisten haben Demokratien geschwächt, autokratische Systeme erstarben. Demokratische Rechte sind eingeschränkt, Proteste kriminalisiert. Die USA, China, Indien und Russland dominieren wirtschaftlich und militärisch, während regionale Mächte um Einfluss ringen. Der Rückzug der USA aus internationalen Abkommen hat Institutionen wie die Uno und die WTO geschwächt.»

Doch dass ein derartiger Kurs befürwortet und damit die Demontage der globalen Ordnung zugelassen würde, war selbst in unseren schlimmsten Annahmen kaum vorstellbar. Dabei ist USAID nur der Anfang. Die gegenwärtigen Machthaber zeigen einen unersättlichen Hunger nach Kontrolle – mit unabsehbaren Folgen. Wir sehen uns bestätigt: Die Vision einer gleichgeschalteten Gesellschaft, wie Orwell sie beschrieb, ist keine ferne Dystopie mehr, sondern eine reale Gefahr. Doch wir beugen uns nicht. Egal, ob wir es mit autoritären Regimen, rechtsextremen Ideologinnen und Ideologen oder wirtschaftlichen Machtinteressen zu tun haben – wir stehen für eine andere Welt. Seit fast 90 Jahren engagieren wir uns für eine global vernetzte, aktive und solidarische Zivilgesellschaft. Noch nie war unsere Arbeit so wichtig wie heute.»

JETZT SPENDEN

Solidar kämpft weiter – ihr Prinzip bleibt Solidarität. Jede Unterstützung hilft. Wer spenden kann, findet hier alle Angaben.

rebrand.ly/solidar-spende



Bezahlbare Wohnungen Grosse Wohndemo in Zürich

Am Samstag, 5. April, findet in Zürich die grosse Wohndemo statt. Unter dem Motto «Stadt für die Menschen, nicht für den Profit» gehen die von zu hohen Mieten betroffenen Zürcherinnen und Zürcher auf die Strasse. Denn von den horrenden Mietzinsen profitieren besonders institutionelle Vermieter: Banken wie die UBS, Versicherungen wie die Swiss Life oder Briefkastenfirmen in Zug. «Die parlamentarische Politik unternimmt nichts dagegen», teilen die Organisatoren mit. Wohnen ist ein Grundrecht, dafür gehen die Demonstrierenden auf die Strassen.

Wohndemo, 5. April, ab 14.00 Uhr, Treffpunkt Rathausbrücke Zürich, mehr Infos unter: www.wohndemo.ch.

Film zum Arbeitskampf bei Amazon «Union»

Eine mutige Gewerkschaftsbewegung formierte sich während der Coronapandemie bei Amazon. Doch der Versandriese Amazon wehrt sich in den USA mit Händen und Füssen gegen die Organisation seiner Mitarbeitenden. Der ehemalige Amazon-Mitarbeitende Chris Smalls gründete die unabhängige Gewerkschaft



FOTO: PD

«Amazon Labor Union» (ALU), bezwang den Onlinekonzern und schrieb damit Gewerkschaftsgeschichte. Der Film «Union» zeigt dokumentarisch Details zum Arbeitskampf. An der Filmvorführung in Zürich spricht unter anderem unser work-Redaktor Iwan Schauwecker über die Arbeit der Gewerkschaften.

Filmvorstellung **Union**, Samstag, 29. März, im Kino Riffraff in Zürich, mehr Infos unter: www.humanrights-filmfestival.ch.

Doku-Tipp Rassismus bei der Polizei

Abdels Grossvater ist als Gastarbeiter von Marokko nach Deutschland ausgewandert. Obwohl er schon in der dritten Generation in Berlin lebt, fühlte er sich als Kind schon ausgeschlossen. Er fragte sich: «Was muss ich machen, um mich dazugehörig zu fühlen?» Dabei entschied er sich bei der Berufswahl für den Beruf als Polizist. Strenge Polizeischule und schliesslich die erste Stelle als Polizist in Neukölln. Doch dann die grosse Ernüchterung: Auf seinem Polizeiposten herrscht ein aktuelles Rassismusproblem. Die neue Doku aus dem Hause ARD zeigt die strukturellen Probleme, die zu Rassismus in der Polizei führen.

Die Polizei und der Rassismus – alles nur Einzelfälle?, SWR-Doku von Sebastian Bellwinkel, unter folgendem Link zu sehen: rebrand.ly/polizeirassismus.

Unbedingt sehenswert: «Heldin» von Petra Volpe Eine Liebeserklärung, die wehtut

Eine Schicht in der Pflege, verdichtet auf Filmlänge. Klingt banal – doch der neue Spielfilm «Heldin» packt das Publikum sofort und lässt es nicht mehr los. Weil er der Realität so beängstigend nahe kommt.

CHRISTIAN EGG

Den Satz sagt Floria Lind im Film mehrmals. «Es tut mir so leid, wir sind heute nur zu zweit.» Je länger ihre Schicht dauert, desto klarer wird: Die Zeit reicht nicht aus, um den Menschen auf ihrer Station, einige davon

Floria rennt, ist laufend am Multitasken und wird ständig unterbrochen.

totkrank, das zu geben, was sie brauchen. Obwohl die Pflegefachfrau hochprofessionell arbeitet und jede Sekunde vollen Einsatz gibt.

Der neue Spielfilm «Heldin» von Petra Volpe («Die göttliche Ordnung») zeichnet ein realistisches und gerade deshalb beklemmendes Bild des Pfl-

Macht Mut: Care-Vision der Unia

«Wir sind im Jahr 2035. Die Schweiz hat die beste Langzeitversorgung der Welt.» Diese Vision, in 35 Punkten beschrieben, bildet das Herzstück des neuen Care-Manifests der Unia. Das Dokument will eine gesellschaftliche Diskussion anstossen über die Frage: Welche Pflege und Betreuung wollen wir im Alter? Das Manifest macht klar: Damit die Vision Wirklichkeit wird, müssen Menschen in sozialmedizinischen Berufen gemeinsam Verbesserungen einfordern. Auch und vor allem in der Politik – dort werden die Rahmenbedingungen ausgehandelt. In den nächsten Monaten will die Unia das Manifest umfassend in den Alters- und Pflegeheimen verbreiten. (che)

Das Manifest gibt es online unter rebrand.ly/care-manifest



DER GANZ NORMALE WAHNSINN: Das Publikum begleitet Pflegefachfrau Floria Lind durch ihre Schicht im Spital. FOTO: PD

geberufs. Schon bevor sie ihre Schicht beginnt, wirkt Floria Lind gehetzt. Schnellen Schrittes betritt sie das Spital, zackig zieht sie sich um, im Telegrammstil wechselt sie ein paar Worte mit ihrer Kollegin. Der Zuschauer fragt sich: Warum hastet sie so?

SIE HASTET UND VERTRÖSTET

Schon nach wenigen Minuten wird klar: Das ist das normale Tempo im Spital. Alle, so scheint es, sind im Verzug. Überall fehlt es an Personal, an Platz, an Unterstützung. Einer ihrer Patienten liegt im Sterben. Seine Tochter weicht nicht von seiner Seite. Floria stellt fest, dass er Schmerzen hat, und möchte ein Medikament holen. Da klingelt ihr Telefon: Ein anderer Patient könne jetzt ins CT, erfährt sie. Sie müsse ihn aber sofort bringen, nachher sei das Gerät wieder belegt. Floria weiss, dass der Mann schon lange auf das CT wartet, und vertröstet deshalb die Tochter des Sterbenden.

So geht das die ganze Zeit. Floria rennt, ist permanent am Multitasken, wird ständig unterbrochen. So dass

sie es nicht einmal schafft, die letzte Patientin auf ihrer Runde zu sehen.

Endlich, nach 50 Minuten Film, eine ganz kurze Verschnaufpause. Floria findet Zeit, ihre Tochter anzurufen, die beim Vater lebt, und dem Kind eine gute Nacht zu wünschen. Und schon geht's weiter.

Grandios gespielt wird Floria von der deutschen Schauspielerin Leonie Benesch. Anfänglich sitzt jeder Handgriff, Floria entscheidet kompetent und entschärft routiniert heikle Situationen. Doch je länger die Schicht dauert, desto mehr sehen wir Floria die Anstrengung an, die es sie kostet, professionell zu bleiben. Auch als der arrogante Privatpatient sie anbrüllt, er wolle seinen Tee «nicht gleich, sondern sofort!»

«Heldin» ist keine Doku. Die Handlung folgt einem Drehbuch (ebenfalls von Petra Volpe), das Spannung erzeugt. Doch die Spannung entsteht nicht aus einem Plot mit überraschenden Wendungen. Sondern aus dem Umstand, dass auf der Station zwei- oder dreimal so viele Pflegenden nötig wären. Da Floria nicht überall

gleichzeitig sein kann, wächst ihr die Situation zusehends über den Kopf, obwohl sie ihr Bestes gibt.

PLÄDOYER FÜR ANERKENNUNG

Petra Volpe bezeichnet den Film als Liebeserklärung an die Pflegenden. Betont aber auch die gesellschaftliche und politische Dimension des Stoffes: Pflegenden müssten in immer kürzerer Zeit immer mehr leisten. Statt ständigem Abbau fordert sie für den Beruf die höchste Anerkennung: «Pflegende kümmern sich um uns, wenn wir krank und alt sind, wenn wir am verletzlichsten sind. Ihr Kampf für bessere Arbeitsbedingungen sollte unser aller Kampf sein.»

«Heldin» packt das Publikum und nimmt es mit auf eine emotionale Achterbahnfahrt. Nach 93 Minuten steigt man aus dem Kinossessel und fühlt sich, als hätte man eine grosse und eindrückliche Lebensgeschichte gesehen. Dabei war es «nur» eine Spätschicht im Kantonsspital.

Heldin läuft seit Ende Februar in den Schweizer Kinos.

worklxl der wirtschaft

David Gallusser



GASTGEWERBE: GUTES GESCHÄFT, SCHLECHTE LÖHNE

Grenzen dicht, Lockdowns, Home-office: Kaum eine andere Branche wurde von der Coronapandemie so hart getroffen wie das Gastgewerbe. Hotels und Restaurants verdienen zeitweise nur noch einen Drittel so viel wie vor Ausbruch der Pandemie. Das ist ganz anders heute. Der Branche geht es wieder gut. Die Umsätze der Gastronomen bewegen sich auf dem Niveau von 2019. Das ist keine Selbstverständlichkeit: Die Beschäftigten, die seit der Pandemie über Mittag zu Hause essen oder beim Grossverteiler ein Sandwich kaufen, fehlen weiterhin als Gäste. Die Restaurants verdienen so viel wie zuvor, weil die Bevölkerung wächst und die Löhne wieder leicht steigen.

TIEFE LÖHNE. Die Hotellerie wiederum hat sich nicht nur erholt, sondern zählt heute mehr Übernachtungen als noch vor sechs Jahren. Das liegt nicht nur am guten Wetter in diesem Winter. Viele Leute haben die Reisen nachgeholt, die sie während der Pandemie verschieben mussten. Dieser

Reiseboom hält an. Herr und Frau Schweizer machen mehr Ferien in der Schweiz. Auch internationale Gäste kommen zahlreicher. Das Gastgewerbe hat zusätzliches Personal angestellt, um den Aufschwung zu bewältigen. Dabei wollen sie es nicht belassen: Mehr als 6000 Stellen sind derzeit unbesetzt. Entsprechend sind auch die Klagen der Patrons über Fachkräftemangel nicht verstummt. Die Schwierigkeiten, Stellen zu besetzen, sind hausgemacht. Die Anforderungen in der Branche sind hoch, die Löhne tief. So verdienen beispielsweise 9 von 10 Köchinnen mit Lehre weniger als 5000 Franken. Auch die Lohnentwicklung ist enttäuschend. Einen echten Lohnfortschritt gab es letztmals 2012, als der neue Gesamtarbeitsvertrag mit 13. Monatslohn in Kraft trat.

SCHLECHT FÜR DIE QUALITÄT. Seitdem haben die Arbeitgeber bessere Löhne verhindert. Sowohl die Durchschnitts- als auch die Mindestlöhne stagnieren nach Abzug der Teuerung

Löhne stagnieren im Gastgewerbe

2015 = 100, mit Prognosen (gestrichelte Linien), teuerungsbereinigt



QUELLE: SGB MIT DATEN BFS (SLI), LGW (MINDESTLOHN NORMALBETRIEB)

(siehe Grafik). Die tiefen Löhne sind ein Problem für die Arbeitnehmenden. Sie schaden aber auch der Qualität. Viele Arbeitnehmende verlassen ihre Stelle wegen der Arbeitsbedingungen nach kurzer Zeit wieder. Das erschwert die Arbeit in den Betrieben. Die tiefen Löhne erlauben

es auch unproduktiven Betrieben, auf dem Markt zu bleiben. Sie binden damit Fachkräfte, die in innovativen Betrieben eine bessere Anstellung finden könnten.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Peter Bichsel ist tot. Aber seine Geschichten leben noch: Geradeaus nach Amerika

«Das isch nümme mini Schwiz!»: Bichsel klönte gerne. Dabei war er ein wortmächtiger Kritiker der Schweiz. Ein treuer Linker. Und Gewerkschafter.

MARIE-JOSÉE KUHN

Als ich ihn das letzte Mal am Draht hatte, das war letzten Oktober, begrüßte er mich wie immer mit diesem solothurnisch-schleppenden «Tschaaaaa» und wollte nicht über seine Gesundheit reden. Das Alter sei mühsam. Er gehe nur noch selten in die Beiz. Und schreiben? «Neinei, aues isch scho gschribel!» Dann sagte er: «Aber was wosch vomer?»

Ich wollte wissen, ob Bichsel eigentlich immer noch Gewerkschafter sei und Unia-Mitglied. Weil, wie er es geworden ist, das hat er mal so erzählt: «Der VPOD wollte mich unbedingt als Mitglied werben, aber denen sagte ich, ich gehe zur Gewerkschaft Bau und Holz. Das war vor mehr als fünfzig Jahren! Da fragten sie ungläubig, was ich denn bei den Bauarbeitern wolle als Schriftsteller. Und ich sagte: Das ist die einzige Gewerkschaft, die Gelegenheitsarbeiter aufnimmt.»

Wir lachten damals zusammen, und das taten wir auch jetzt. Peter musste wieder ein bisschen lachen ab seinem Witz. Nicht laut, nicht lange, nur ein heiteres Einschnaufen. Dann sagte er: «Klar!» Die Unia-Mitgliedschaft sei die einzige Mitgliedschaft, auf die er bis heute stolz sei. Und schob nach: «Was haben wir 68 doch über die Gewerkschaften am rechten Rand der SP geflucht! Und jetzt sind wir übriggebliebene Linke alle froh, dass es wenigstens noch die Gewerkschaften gibt.»

NÜMME MINI SCHWIZ!

Wir übriggebliebene Linke: Ja, der Schriftsteller und Poet Peter Bichsel hat sich als Linker verstanden. Als Übriggebliebener sowieso, er war ein Pessimist. Immer ging grad alles den Bach runter: das Gute, die Gerechtigkeit, die Sozis, das, «was wir einmal wollten» – und auch die Schweiz: «Das isch nümme mini Schwiz!» Bichsel klönte und jammerte gerne mit seiner Jammerstimme. Dabei war er luzid und wortmächtig, ein angriffiger Kritiker der Schweiz. Des Schweizer Schweiz.

Im November 2011 besuchte ich Bichsel für ein Interview zur SVP-Ausschaffungsinitiative in seiner Solothurner Schreibstube und staunte nicht schlecht. Seine Sätze kamen bewundernswert dicht und auf den Punkt, wie gedruckt und fein ziseliert, seine Analysen hämmerten. Seinen Redefluss zog Bichsel zwei Stunden lang durch, und kein Hämmerchen fand Platz dazwischen. Er sagte: «Die Schweiz

hatte bereits ein Ausländerproblem, bevor sie Ausländer hatte. Nur zwei liberale Aargauer Gemeinden nahmen Schweizerinnen und Schweizer jüdischer Konfession auf. Damals waren sie die Ausländer, vor denen man sich fürchtete.»

Und schon waren wir mitten in diesem Patrioten- und Blocher-Zeug. Bichsel: «Die Schweiz funktioniert offensichtlich nur dann, wenn sie Feinde hat. Feindbilder.» Das seien die Nachwehen der Schweizer Kriegsgeschichte: «Morgarten und Sempach und Grandson. Ein tapferes kleines Volk hat sich gewehrt gegen ganz Europa und hat überlebt. So der Geschichtsunterricht. Wir leben immer noch in dieser Kriegsgeschichte. Uns gibt es nur, wenn wir gefährdet sind. Die Schweiz will bedroht sein!» Wow, dachte ich, jetzt richtet der Bichsel aber dick an! Doch es kam noch dicker.

EIN KLEINER FASCHIST

Das ständige Sich-bedroht-Fühlen sei das andere Ende der Überhöhung der Schweiz, des Patriotismus. Auch er sei als Bub in der Schule patriotisch indoktriniert worden: Die Schweiz habe die schönsten Berge und die beste Schokolade usw. Und alle Ausländerinnen und Ausländer wollten nur das eine: in die Schweiz kommen und profitieren!

Minderwertigkeit und Überheblichkeit: «Patriotismus ist ein Verbrechen», sagte Bichsel. Auch er möge Cervelats und freue sich, wenn unsere Nati gewinne. Doch die Gefühle der Leute, ihr Stolz, ihre Freude könnten ausgenutzt werden. Propagandistisch ausgenutzt werden. Und da werde es brutal. Bichsel: «Die SVP nützt die Gefühle der Leute kalt und zynisch aus. Stichwort Ausländerhetze: Ein ganzes Volk wird da verhetzt. Die Angst vor dem Fremden sitzt tief in uns allen drin. In unseren Herzen wohnt ein kleiner Faschist.»

Ein kleiner Faschist? Ja, sagte Bichsel, ohne zu zögern: Ausgrenzung, Abschottung, Ausschaffung – Blo-



AM STAMMTISCH: Peter Bichsel anlässlich des 15. Geburtstags von work im Berner Volkshaus. FOTO: DANIEL RIHS

cher und seine SVP seien im Begriff nach der ganzen Macht zu greifen. Das mache ihm schon Angst. Und auch dieses typische Schweizer Denken, dass Faschismus überall passieren könne, nur nicht in der Schweiz. Dabei sei gerade durch die SVP unsere Demokratie gefährdet. Das alles sagte Bichsel Jahre vor Trump, Meloni & Co.

GESCHICHTEN GEGEN DAS ENDE

Das ist der eine Bichsel, der Intellektuelle und der Aufklärer Bichsel. Dann gibt's da noch den anderen: den grossen Erzähler Bichsel, den Geschichten-Erzähler Bichsel, den Stammtisch-Geschichten-Erzähler Bichsel. Keiner konnte so erzählen wie er: einfach und komplex zugleich, so leicht und gleichzeitig tonnen-schwer. Ein Wort führt zum anderen, zum Himmel, zur Hölle und zurück: Bichsel interessierte, «was auf dem Papier geschieht», die menschliche Sprache.

«Ein Tisch ist ein Tisch»: Ein alter Mann betrachtet in dieser Bichsel-Geschichte von 1969 seine Möbel und fragt sich, warum der Tisch eigentlich Tisch heisst, warum der Stuhl Stuhl hiess, warum die Zeitung Zeitung heisst. Und er gibt den Dingen neue Namen: Den Tisch nennt er Teppich, den Stuhl nennt er Wecker, die Zeitung nennt er Bett. Das Spiel lässt den alten Mann seine Einsamkeit vergessen. Doch es endet traurig: Der Mann vergisst, wie die Dinge richtig heissen, und geht er nach draussen, versteht ihn niemand mehr. Der Ausgang seiner Geschichten überrasche ihn oft selber, sagte Bichsel einst. Als work 15 wurde, organisierte die Unia-Zeitung einen Stammtisch mit Bue-

zerinnen und Buezern, Gewerkschafts- und Linken-Prominenz. Da kam auch Peter Bichsel ins Berner Volkshaus. Und erzählte: Früher sei so ein Stammtisch noch was gewesen. Einer habe etwas behauptet, und ein zweiter habe gesagt, das stimme nicht. Darauf hätten die anderen am Tisch diskutiert, was für die Behauptung des einen und was für jene des anderen spreche. Und schon hätten sie einander die wildesten Geschichten erzählt. Heute sei das leider nicht mehr möglich: wegen Google! Da werde immer alles grad gegoogelt: Und ade, wilde Geschichten!

Geschichten erzählen habe mit dem Ende zu tun, schrieb Bichsel mal in einer seiner Kolumnen in der «Schweizer Illustrierten»: «Solange wir erzählen, bleibt alles rund, bleibt alles Wiederholung, das Runde hat kein Ende. Erzählen ist letztlich das Aufbäumen gegen jenes Ende, das uns allen sicher ist. Und sich verabschieden ist der Entscheid, die Runde, das Runde zu verlassen und geradeaus zu gehen, geradeaus nach Hause, geradeaus nach Amerika.» Darum würden Kinder, wenn wir ihnen eine Geschichte erzählten, immer sagen: Bitte noch einmal und dann noch einmal!

Jetzt ist Peter Bichsel geradeaus nach Amerika, aber seine wunderbaren Geschichten bleiben, wenn wir sie weitererzählen. Noch einmal und dann noch einmal!

Von zwei ewigen Kindsköpfen

«Ich kannte Peter Bichsel von klein auf als den «Bichselpeter». Der eigensinnige Schalk mit der charmant näselnden Stimme war als enger Freund meines Vaters Alexander J. Seiler (1928 bis 2018) oft bei uns auf Besuch. Sehr viele Erwachsene waren damals bei uns zu Gast, doch er war mir besonders nah. Wir teilten die Leidenschaft für das Erfinden und Erzählen von Geschichten.

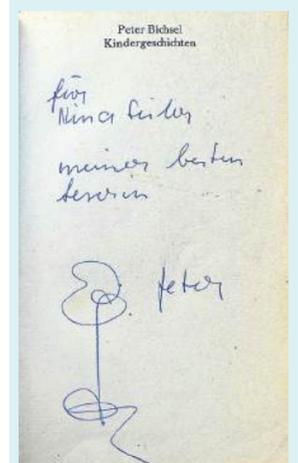
GEMEINSAM. In jener Zeit diktierte ich meinem Vater selbst-erfundene Geschichten in die Schreibmaschine, später begann ich selbst in die Tasten zu hämmern – Märchen und dadaistische Kurztexte. Die Erwachsenen – darunter auch Peter – zeigten sich begeistert, was mich anstachelte, immer neue A4-Blätter zu füllen. Bald bekam ich eine eigene Hermes Baby geschenkt. Und so kam es, dass an einem Oktobertag im Jahre 1971 Peter Bichsel und ich auf meiner Schreibmaschine zusammen eine Geschichte schrieben. Ich machte den Anfang, er spann den Faden weiter, dann war ich wieder dran. Er sabotierte auf charman-teste Art meine Versuche, der absurden Geschichte doch noch eine logische Wendung zu geben. Das störte mich nicht, denn ich spürte, dass er mich ernst nahm. Ich war neun Jahre alt. Später kam mir die kindliche Erzähllust abhanden, dafür hatte ich eine Schreibblockade. Als ich ihn um Rat fragte, sagte er, ich solle für den Papierkorb schreiben.

LETZTES TREFFEN. Das letzte Mal traf ich ihn an der Beisetzung meines Vaters. Beim Apéro danach wechselten wir auf der Raucherterrasse ein paar Worte; ich faselte etwas über das Akzeptieren der eigenen Mittelmässigkeit und freute mich, dass er mir beizupflichten schien. Er war an diesem Tag bestens gelaunt, geradezu in Hochform.

Die immerwährende Vertrautheit zwischen uns rührte möglicherweise daher, dass wir beide ewige Kindsköpfe waren, auch als Erwachsene.

Ciao Peter, Du liebenswerter, eitler, gescheiter Kindskopf. Ich hoffe, sie haben guten Hauswein im Jenseits. » NINA SEILER

Nina Seiler ist seit 2006 Layouterin bei work.



ERINNERUNG: Signiertes Buch von Peter Bichsel. FOTO: NS



Das offene Ohr
Francesco Salerno von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosenkasse I: Bekomme ich weniger, wenn ich nicht voll arbeitsfähig bin?

Weil ich krankheitsbedingt arbeitsunfähig war, erhielt ich von meiner Arbeitgeberin die Kündigung. Ich habe mich dann im März 2024 bei der Arbeitslosenkasse angemeldet, mit einem Arztzeugnis für eine Arbeitsfähigkeit von 20 Prozent. Die Arbeitslosenkasse hat mich informiert, dass bei einer Arbeitsfähigkeit von mindestens 20 Prozent und der bereits erfolgten Anmeldung bei der IV sie vorleistungspflichtig gegenüber der IV sei und ich Anspruch auf das volle Taggeld hätte. Letzte Woche habe ich von der IV die Verfügung erhalten, gemäss der ich einen IV-Grad von 30 Prozent aufweise und deshalb keinen Anspruch auf eine IV-Rente habe. Gestern hat mir nun die



ARBEITSLS: Der IV-Grad hat Einfluss auf die Leistungen. FOTO: ISTOCK

Arbeitslosenkasse mitgeteilt, dass sie aufgrund der IV-Verfügung den versicherten Verdienst auf die verbleibenden 70 Prozent Erwerbsfähigkeit anpassen müsse. Darf sie das?

FRANCESCO SALERNO: Ja, denn die Vorleistungspflicht der Arbeitslosenkasse endet ab dem Zeitpunkt, ab dem die verbleibende Erwerbsfähigkeit feststeht. Der ursprünglich versicherte Verdienst entsprach dem Verdienst, den Sie ohne gesundheitliche Einschränkungen erzielen konnten. Aufgrund der eingetretenen dauernden Beeinträchtigung Ihrer Gesundheit können Sie diesen Verdienst nicht mehr erzielen. Demzufolge muss die Arbeitslosenkasse Ihren Anspruch nach unten korrigieren. Und zwar auch dann, wenn Sie keinen Anspruch auf eine IV-Rente haben.

Arbeitslosenkasse II: Die IV gibt mir Geld, muss ich nun etwas zurückzahlen?

Seit dem 1. Juni 2023 bin ich krankheitsbedingt nur noch 50 Prozent arbeitsfähig. Dies hat dazu geführt, dass ich meine Arbeitsstelle verloren habe und mich sowohl bei der IV als auch bei der Arbeitslosenkasse anmelden musste. Da ich 50 Prozent arbeitsfähig war, erhielt ich aufgrund der Vorleistungspflicht von der Arbeitslosenkasse das volle Taggeld. Letzte Woche habe ich nun den Entscheid der IV erhalten. Gemäss diesem habe ich rückwirkend ab dem 1. Juni 2024 Anspruch auf eine halbe IV-Rente. Muss ich nun der Arbeitslosenkasse Geld zurückzahlen?

FRANCESCO SALERNO: Grundsätzlich nicht. Die Arbeitslosenkasse wird in einem ersten Schritt einen Teil der erbrachten Entschädigung direkt mit der IV verrechnen. In einem zweiten Schritt wird sie den verbleibenden Teil direkt mit der zuständigen Pensionskasse regeln. Diesbezüglich wird Sie die Arbeitslosenkasse bitten, einen Antrag bei der Pensionskasse zu stellen, damit diese einen Anspruch auf eine IV-Rente aus dem BVG prüfen kann. Sollten Sie dieser Aufforderung zur Mitwirkung nicht nachkommen, riskieren Sie, dass die Arbeitslosenkasse denjenigen Teil, den sie mit der Pensionskasse verrechnen möchte, bei Ihnen zurückfordern muss.

Social-Media-Apps von Jugendlichen: Wir stellen Ihnen die wichtigsten

Kennen Sie sich mit Tiktok, Twitch & Co. aus?

Sie benutzen Facebook? Dann müssen wir Ihnen leider mitteilen: Sie gehören zum alten Eisen. Teenager sind auf ganz anderen Kanälen unterwegs. Doch welche sind das, und wie werden sie genutzt? work fragte bei Mia (15) nach und stellt die sechs beliebtesten Apps von Jugendlichen vor.

MARIA KÜNZLI

TIKTOK. Die Video-Plattform ist einer der beliebtesten Kanäle von Jugendlichen und Angstgegner vieler Eltern. Die Videos dürfen maximal 10 Minuten lang sein, die meisten haben eine Dauer von 20 bis 30 Sekunden. Ein Algorithmus bestimmt, was den Nutzerinnen und Nutzern auf ihrer persönlichen «For you»-Seite vorgeschlagen wird. Dieser wird durch Likes, Teilen von Beiträgen und der Zeit, die man bei einem Video verbleibt, mit Informationen gefüttert.

Der Vorteil: Mit der Zeit werden nur noch Videos vorgeschlagen, die einen interessieren. Der

«Die Suchtgefahr ist auf jeden Fall da.»

MIA ÜBER TIKTOK

Nachteil: Wer neue Inhalte oder neue Influencerinnen und Influencer kennenlernen will, muss dem Algorithmus aktiv entgegenwirken und nach neuen Inhalten suchen. «Tiktok kann sehr spannend und informativ sein, man sollte aber auch nicht einfach alles glauben», sagt Mia. «Oft wird eher oberflächliches Wissen verbreitet, das ein falsches Bild auf die Situation wirft.»

Die 15jährige benutzt Tiktok täglich, und hätte sie beim Handy keine Zeitbegrenzung, würde sie wesentlich mehr Zeit auf dem Kanal verbringen. «Die Suchtgefahr ist auf jeden Fall da.» Sie selbst veröffentlicht keine Videos. Gut findet Mia, dass neben lustigen und unterhaltsamen Inhalten auch ernste Themen wie zum Beispiel Frauenrechte, psychische Erkrankungen oder Mental Health eine Plattform bekommen. «Ich bin sicher, dass meine Generation besser über solche Themen aufgeklärt

ist und gerade mit psychischen Erkrankungen offener umgeht als die Generation vor mir – auch dank Tiktok.»



YOUTUBE. Auf dem Videoportal können Clips bewertet und kommentiert sowie Kanäle abonniert werden. Neben den «regulären» Videos gibt es die YouTube-Shorts: Kurzvideos ähnlich wie bei Tiktok und Instagram. «Ich scrolle hin und wieder durch die YouTube-Shorts, schaue mir aber auch Videos von Content Creators an, die ich abonniert habe», sagt Mia. Darunter seien vor allem Vlogs (Video-blogs), Gaming-Videos und DIY-Filme. Auf Youtube seien die Kommentare unter den Videos wichtig, auf dieser Ebene passiere sehr viel Informatives, allerdings auch viel Hate. Wer danach suche, finde auf Youtube viel Lehrreiches wie Dokumentationen. Sie selbst nimmt den Kanal aber vor allem als Unterhaltungsmedium wahr.



SNAPCHAT. Über Snapchat kann man Freunden – befreundet ist man, sobald man sich gegenseitig «geadded» hat – Bilder (Snaps) schicken, ihnen schreiben oder sie anrufen. Wer sich gegenseitig täglich ein Bild schickt, bekommt eine sogenannte «Flamme». Ziel ist es, mit mehreren Personen möglichst viele Flammen zu erreichen. Wird ein Snap von der Empfängerin geöffnet, wird er nach ein paar Stunden automatisch gelöscht. Neben den Flammen gibt es den Snap-score, die Anzahl jemals gesendeter und erhaltener Snaps. «Alle möchten einen möglichst hohen Snapscore haben», sagt Mia. Wer mag, schaltet die Snapmap ein: Bei jedem Einloggen in der App wird der eigene Standort registriert,



WORKTIPP

WISSEN FÜR ELTERN

Wie werden Kinder und Jugendliche am besten an die sozialen Netzwerke herangeführt? Wie viel Freiraum, wie viel Begleitung brauchen sie? Und wo liegen die Gefahren? Pro Juventute hat wichtige Tipps und Hinweise zum Thema digitale Medien und Heranwachsende zusammengestellt und führt regelmässig Onlineveranstaltungen für Eltern durch. Mehr Infos: rebrand.ly/projuventute.

und die Freunde können sehen, wo man sich gerade befindet. «Ich mache meinen Standort nie öffentlich, das ist mir eher unheimlich», sagt Mia. Snapchat habe für sie keinen Informationswert. «Es ist eine Spielerei und eine Möglichkeit, mit Freundinnen und Freunden in Kontakt zu kommen oder zu bleiben.» Mia selbst nimmt nur Anfragen von Menschen an, die sie zumindest vom Sehen her kennt. «Ich kenne einige, die unbekannte Personen akzeptierten und danach unangemessene Fotos erhielten. Da muss man aufpassen.»



INSTAGRAM. Die Bild- und Videoplattform wird von Menschen jeden Alters genutzt, wobei ab 13 Jahren ein Profil erstellt werden kann. «Ich verwende Instagram ähnlich wie Tik-

WAS MACHEN DIE DENN DA? Die 15jährige

Mia erklärt work, welche Apps sie und andere Jugendliche nutzen. FOTO: GETTYIMAGES

tok und scrolle durch die Videos, die mir vorgeschlagen werden. Gefällt mir ein Video, leite ich es an Freundinnen und Freunde weiter», erzählt Mia. Die Jugendliche folgt Influencerinnen und Influencern, die sie gut findet, und schaut sich ihre Stories an. Zum Teil sind die Videos bei Instagram und Tiktok identisch. So sei Instagram eine Ergänzung zu Tiktok, aber für sie weniger wichtig. «Tiktok ist für mich die gehaltvollere Plattform. Bei Instagram werden mir mehr Oberflächliches und viele Fremdschämvideos gezeigt.»



TWITCH. Anders als Youtube besteht die Streaming-Plattform Twitch ausschliesslich aus Livestreams, beliebt vor allem unter Gamern und ihren Fans. Streamerinnen und Streamer gehen live, während sie zum Beispiel Fortnite oder Minecraft spielen. Die meisten zeigen während

des Livestreams ihren Bildschirm, während eine Kamera auf sie selbst gerichtet ist. Im Chat kann live mitdiskutiert werden, der Streamer reagiert fortlaufend darauf. Mit «Subgifts» können Fans ihre Game-Idole unterstützen. Man gibt ein Sub (etwa 4 Franken), schreibt etwas dazu, was vom Beschenkten manchmal vorgelesen wird. Viele Gamer gehen

es auch IRL-Videos (In Real Life): Man streamt, was man gerade macht. Streamer treffen sich zum Beispiel am Weihnachtsmarkt und teilen es live mit ihrer Community.



BEREAL. Die App ist eine Spielerei unter Freunden, die sich in der Regel persönlich kennen: Nutzerinnen und Nutzer machen zu einem von der App bestimmten Zeitpunkt gleichzeitig ein Bild mit ihrer Vorder- und Rückkamera und veröffentlichen es. «Du hast zwei Minuten Zeit, ein Bereal zu posten», heisst es dann. «Wenn ich es in dieser Zeit schaffe, ist es ein Bereal, wenn ich zu spät bin, heisst es Belate.» Das sei lustig und unterhaltend, sagt Mia, werde aber auch schnell langweilig, weil Zusatzfunktionen, wie sie etwa Snapchat biete, fehlten. Deshalb sei Bereal eine App, die von vielen nur phasenweise benutzt werde.

«Die App ist lustig, wird aber schnell langweilig.»

MIA ÜBER BEREAL

über Twitch live und veröffentlichten danach auf Youtube eine geschnittene Version der Twitch-Aufnahme. «Bei Twitch sind Gamerinnen und Gamer unter sich», sagt Mia. Für sie selbst sei es reine Unterhaltung. «Die Videos sind öffentlich, es gibt aber die Möglichkeit, Zuschauende zu bannen, also zu melden und zu blockieren.» Neben Gaming-Videos gibt

APPS & CO.

WAS KAM WANN?

Manche Social-Media-Plattformen sind so bekannt, dass wir das Gefühl haben, es gebe sie schon ewig. Dabei sind einige noch recht jung:

Tiktok: Die App für Kurzvideos gibt es seit 2016. Sie wird vom chinesischen Unternehmen Beijing Bytedance Technology Ltd. betrieben.

Youtube: Das Videoportal ist die älteste der hier vorgestellten Plattformen und wurde 2005 gegründet. Seit 2006 gehört sie zu Google.

Snapchat: Die App Snapchat wurde 2011 in Los Angeles gegründet. Seit 2016 heisst das Unternehmen Snap Inc. (vorher Snapchat Inc.).

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ATTRAKTIVE PLATTFORM: Youtube bietet viele Videos, sammelt aber auch Daten. FOTO: SHUTTERSTOCK

So erschwert man Youtube das Sammeln von Daten

Youtube ist die grösste Videoplattform im Internet. Sie gehört zum Google-Konzern und sammelt viele Daten der Benutzer. Das können Sie einschränken. Am einfachsten funktioniert es, wenn Sie Youtube nur verwenden, wenn Sie nicht mit seinem Google-Konto angemeldet sind. Allerdings lassen sich dann keine Videokanäle abonnieren, Clips kommentieren oder Playlisten erstellen. Wer das will, kann einige Einstellungen vornehmen: Bei Youtube oben rechts auf den Kreis mit Buchstaben oder Profilbild klicken, um in das Benutzerkonto zu gelangen. Dann zu «Google-Konto» > «Daten und Datenschutz verwalten» > «Youtube-Verlauf». Hier gibt es mehrere Einstellungen: Youtube-Verlauf «deaktivieren» schaltet die automatische Speicherung von Videos oder Suchanfragen aus. «Deaktivieren» anklicken, dann mit «Pausieren» bestätigen. Unter «Verlauf verwalten» finden Sie alle Videos, die Youtube bereits gespeichert hat. Sie können einzelne oder alle Videos gleichzeitig löschen.

Der einfachste Weg ist, wenn Sie Youtube ohne Google-Konto nutzen.

AUTOMATISCH. Wer Videos oder Suchanfragen speichert, kann diese automatisch nach einer bestimmten Zeit löschen lassen: unter «automatisch löschen» auf die Schaltfläche mit Papierkorb klicken. Nun können Sie wählen, ob Aktivitäten nach 3, 18 oder 36 Monaten gelöscht werden sollen. Zusätzlich empfiehlt es sich, die Datenschutzeinstellung im Google-Konto anzupassen. Dazu das Konto öffnen > «Google Konto verwalten» > «Daten & Datenschutz». Dort können Sie die «Web & App-Aktivitäten» pausieren. Ausserdem können Sie «mein Anzeigen-Center» auswählen: Hier lässt sich die «personalisierte Werbung» deaktivieren. Google wird dann zwar weiterhin Werbung anzeigen – diese basiert aber nicht mehr auf Ihrem Such- und Youtube-Verlauf. THOMAS SCHWENEDER

Der Referenzzinssatz ist zwar gesunken, aber es gibt einen Haken

Habe ich Anrecht auf eine Mietzinsreduktion?

Der Referenzzinssatz ist gesunken, und damit kann ich meine Miete senken lassen? Nicht so schnell! Bevor Sie eine Senkung der Miete verlangen, sollten Sie Ihren Vertrag genau prüfen. Sonst stehen Sie plötzlich mit einer höheren Rechnung da.

MARIA KÜNZLI

Endlich: Der Referenzzinssatz ist im März von 1,75 Prozent auf 1,5 Prozent gesunken. Normalerweise sind das freudige Nachrichten für Mieterinnen und Mieter. Denn wenn der Referenzzinssatz sinkt, haben Mietende Anspruch auf eine Reduktion der Nettomiete – zumindest dann, wenn der Mietvertrag auf einem höheren

Referenzzinssatz basiert. Dieses Jahr ist es aber komplizierter: Die Teuerung kann Ihnen unter Umständen einen Strich durch die Rechnung machen. «Die Vermieterschaft kann die Teuerung und die allgemeine Kostensteigerung mit ihrem Senkungsanspruch verrechnen», heisst es beim Mieter- und Mieterinnenverband. Was bedeutet: Wenn Sie Pech haben, fordern Sie eine Mietzinsreduktion und stehen am Schluss mit einer Mieterhöhung da.

MEHRERE FAKTOREN. Der Referenzzinssatz soll die Finanzierungskosten einer Immobilie widerspiegeln und wird vierteljährlich vom Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) veröffentlicht. Er kann in Viertelprezentschritten steigen oder sin-

Der Referenzzinssatz ist zwar gesunken, aber es gibt einen Haken

Habe ich Anrecht auf eine Mietzinsreduktion?

ken. Steigt der Referenzzinssatz an, kann der Vermieter diese Mehrkosten auf die Nettomiete übertragen – und die Miete steigt. Sinkt der Referenzzinssatz, sinkt die Nettomiete – aber es gibt einen Haken: Die Teuerung kann einen Strich durch die Rechnung machen.

Der Referenzzinssatz ist im März von 1,75 Prozent auf 1,5 Prozent gesunken. Normalerweise sind das freudige Nachrichten für Mieterinnen und Mieter. Denn wenn der Referenzzinssatz sinkt, haben Mietende Anspruch auf eine Reduktion der Nettomiete – zumindest dann, wenn der Mietvertrag auf einem höheren

Referenzzinssatz basiert. Dieses Jahr ist es aber komplizierter: Die Teuerung kann Ihnen unter Umständen einen Strich durch die Rechnung machen. «Die Vermieterschaft kann die Teuerung und die allgemeine Kostensteigerung mit ihrem Senkungsanspruch verrechnen», heisst es beim Mieter- und Mieterinnenverband. Was bedeutet: Wenn Sie Pech haben, fordern Sie eine Mietzinsreduktion und stehen am Schluss mit einer Mieterhöhung da.

seit der letzten Mietzinsfestlegung entwickelt hat, ist es möglich, dass der Teuerungsausgleich, den die Vermieterin haben oder bei denen die Miete innerhalb dieses Zeitraums erhöht wurde. «Dann basiert Ihr Mietzins nämlich noch auf einem höheren Referenzzinssatz», schreibt der Mieterinnen- und Mieterverband. «Ist Ihr Mietvertrag schon älter oder liegt die letzte Mietzinsreduktion schon länger zurück, so haben Sie wahrscheinlich keinen Anspruch auf eine Mietzinsenkung.» Denn: Ist der Mietvertrag älter, könnten Vermieterinnen oder Vermieter je nachdem einen relativ hohen Teuerungsausgleich fordern, der womöglich höher ist als der gegenwärtige Senkungsanspruch.

MIETZINS PRÜFEN. Also was tun? Der Mieterinnen- und Mieterverband rät: «Überprüfen Sie Ihren Mietzins immer, bevor Sie ein Herabsetzungsbegehren stellen.» Ihren Mietzins können Sie dank einem Onlinetool auf der Website des Verbands (siehe Spalte rechts) kostenlos überprüfen. Der Onlinerechner kalkuliert die Teuerung und die allgemeine Kostensteigerung mit ein. Laut Mieter- und Mieterinnenverband haben jene die bes-

ten Chancen auf eine Senkung, die ihren aktuellen Mietvertrag zwischen Dezember 2023 und Februar 2025 abgeschlossen haben oder bei denen die Miete innerhalb dieses Zeitraums erhöht wurde. «Dann basiert Ihr Mietzins nämlich noch auf einem höheren Referenzzinssatz», schreibt der Mieterinnen- und Mieterverband. «Ist Ihr Mietvertrag schon älter oder liegt die letzte Mietzinsreduktion schon länger zurück, so haben Sie wahrscheinlich keinen Anspruch auf eine Mietzinsenkung.» Denn: Ist der Mietvertrag älter, könnten Vermieterinnen oder Vermieter je nachdem einen relativ hohen Teuerungsausgleich fordern, der womöglich höher ist als der gegenwärtige Senkungsanspruch.

MIETZINSRECHNER ERST PRÜFEN, DANN WEIBELN

Der kostenlose Mietzinsrechner des Mieterinnen- und Mieterverbands gibt nicht nur Auskunft darüber, ob Sie Anspruch auf eine Mietzinsreduktion haben, sondern liefert Ihnen auch gleich ein personalisiertes Schreiben und die nötigen Unterlagen, um bei der Vermieterin oder dem Vermieter einen Antrag auf Reduktion zu stellen. Den Antrag sollten Sie eingeschrieben schicken. Die Mietzinsreduktion wird immer erst auf den nächsten Kündigungstermin wirksam.

Hier geht's direkt zum Mietzinsrechner: rebrand.ly/mietzins-check.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Kann ich Missstände anonym melden?

Kann ich als Lernende die Missstände in meinem Unternehmen anonym melden? Und wie mache ich das?

«Ja, es ist durchaus möglich, ein Unternehmen anonym zu melden, das die Rechte von Lernenden nicht respektiert. Wenn du Missstände erlebst, gibt es mehrere Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Die kantonale Berufsbildungsstelle (Amt für Berufsbildung) in deinem Kanton ist eine erste Anlaufstelle: Sie kann eine Untersuchung einleiten und eingreifen, ohne deine Identität preiszugeben. Allerdings sind diese Stellen oft überlastet, daher ist es wichtig, hartnäckig zu bleiben und nachzuhaken, damit deine Meldung ernst genommen wird. Auch das Arbeitsinspektorat kann kontak-

tiert werden, insbesondere wenn die Arbeitsbedingungen gefährlich oder rechtswidrig sind. Du kannst deine Meldung telefonisch, per E-Mail oder anonym über Formulare auf den offiziellen Websites einreichen. Es ist wichtig, schriftlich festzuhalten, dass du anonym bleiben möchtest. Für zusätzliche Unterstützung wende dich an deine Gewerkschaft. Sie hilft dir dabei, deine Beschwerde richtig zu formulieren und deine Rechte vertraulich durchzusetzen.»



Felicia Fasel, Jugendsekretärin. Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch.

EIGENTLICH EINE GUTE NACHRICHT FÜR MIETERINNEN: Der Referenzzinssatz ist gesunken, doch dieses Jahr führt dies nicht gleich zu einer Mietreduktion. FOTO: FREEPRK

WORKLESERFOTO



So macht der Weg zur Arbeit Freude

WANN 4. März 2025

WO Zwischen Rütschelen und Madiswil BE

WAS Sonnenaufgang auf dem Arbeitsweg

Eingesandt von Ulrich Bärtschi, Herzogenbuchsee BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORKZEITUNG.CH / 12.3.2025:
DIE VIELEN MILITÄR-BAUSTELLEN
DES NEUEN BUNDESRATS

Aufstehen!

«Die Armee ist arm dran, weil sie mit dem vielen Geld nicht vernünftig umgehen kann...», was sich am deutlichsten im völlig unverständlichen Kauf der extrem teuren 36 US-Bomber F-35 Lightning II zeigt. Grounding avant la lettre. Bundesrat und Parlament hatten bei der Erneuerung der Luftwaffe praktisch ganz auf die Karte USA gesetzt und 2022 für insgesamt 8 Milliarden 36 moderne Kampffjets des Typs F-35A beschafft, dazu das Patriot-Luftverteidigungssystem. Jetzt erst wird darüber diskutiert, dass eine extreme Abhängigkeit (und damit Erpressbarkeit) besteht. Zum einen brauchen sie stabile, leistungsfähige Verbindungen, zum andern Daten und Upgrades. Der F-35 ist mit elektronischen Systemen vollgepackt. Daneben ist die Luftwaffe auf Ersatzteile angewiesen. Die Schweiz ist komplett abhängig: Ohne die USA kann der F-35 nicht verschlüsselt Daten zur Bodenstation schicken. Die Schlüs-

sel für eine abhörsichere Kommunikation erhält die Luftwaffe in regelmässigen Abständen von den USA.

Nicht nur die Schweiz ist von den USA abhängig. Das Problem betrifft die gesamte Nato und reicht weit über den F-35 hinaus. Wenn die US-Regierung den Einsatz amerikanischer Waffen sabotieren möchte, kann sie das tun. Im Krieg gibt es keine Sicherheiten, wechselnde Bündnisse können Lieferketten unterbrechen, gegnerischer Beschuss kann die Führungseinrichtungen zerstören oder die Bewegung der eigenen Truppen einschränken. Doch heute fehlen die nötigen Reserven und Redundanzen für einen Plan B. Das Primat der Finanzpolitik hat auch bei der militärischen Planung dazu geführt, dass der Gefechtsgrundsatz der Handlungsfreiheit in den Hintergrund gerückt ist. Kanada überdenkt den Kauf von Kampfflugzeugen des Typs F-35. Der frühere Airbus-Chef Tom Enders plädiert für eine rasche Abkehr von der US-Rüstungstechnik, Deutschland dürfe nicht länger daran festhalten, F-35 aus US-Produktion zu kaufen.

Und erst jetzt fordert die SP vom neuen VBS-Vorsteher Martin Pfister, die F-35-Beschaffung sofort zu stoppen. Denn viel klüger wäre eine Umsetzung der «sozialen Verteidigung» und das «eingesparte» Geld für die Absicherung der AHV zu verwenden, die ja offenbar auch von einem amerikanischen Unternehmen abhängig ist: Die globale Verwahrungsstelle der AHV ist seit 2024 nicht mehr die UBS, sondern bei der US-amerikanischen State Street Bank International. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats wollte das ändern, doch im Plenum scheiterte das Anliegen knapp.

HUGO BALLBOSS, VIA WORKZEITUNG.CH

DIVERSE WORK-ARTIKEL ZUR NEUEN RECHTEN UND TECH-OLIGARCHEN

Die neuen Eliten

Gemeinsam ist ihnen eines, die Meinungsfreiheit. Die Freiheit, Lügen und krude Theorien zu verbreiten, wie es ihnen gefällt. Da ist Donald Trump ein Meister seines Fachs, der garantiert, dass diejenigen, die sich die Freiheit nahmen, demokratische Institutionen zu stürmen, nicht zur Verantwortung gezogen werden. Sein Vize J.D. Vance, der die Demokratie neu definiert. Der die Deutschen belehrt, dass sie gegen Hassreden im Internet vorgehen und damit die Freiheit jedes einzelnen Bürgers einschränken. Seiner Meinung nach ist jemanden zu beleidigen kein Verbrechen. Die Gefahr geht nicht von jenen aus, die das Völkerrecht mit Füßen treten, sondern von jenen, die die sozialen Netzwerke regulieren wollen und damit

die Meinungsfreiheit beschneiden. Da sind die Tech-Giganten: Elon Musk, der als erster bei seiner Plattform den Faktencheck abschaffte, sein eigenes Satellitensystem unterhält, in dem er innert kürzester Zeit die ganze Welt mit seiner Meinungsfreiheit beglücken kann. Da ist Mark Zuckerberg, der den Anschluss an die neue Welt nicht verpassen will und ebenfalls auf die Freiheit setzt, die da heisst, Eigenverantwortung, weg mit Einschränkungen, weg mit Faktencheck. Diese Damen und Herren wissen, dass sie die Macht besitzen, innert weniger Sekunden Existenzen mit Falschmeldungen zu ruinieren. Ein geflügeltes Wort heisst nicht umsonst «Geld regiert die Welt». Sie wollen sich nicht einschränken lassen, KI und 5G verheissen ein goldenes Zeitalter, und deshalb muss der demokratische Staat zurückgestutzt, in letzter Konsequenz vernichtet werden. Im übrigen eine Terminologie, die nicht neu ist. Anhänger dieser neuen Welt gibt es auch bei uns zu Hauf. Opportunisten, die sich das Geschäft nicht vermiesen lassen wollen und auf Freiheit ohne Ethik setzen. Oder diejenigen, die auf Sündenböcke setzen, um abzulenken, damit Menschen gegeneinander ausgespielt werden können. Wer in den letzten Tagen Talksendungen auf SRF und CH-Media verfolgt hat, konnte den neuen Wind deutlich spüren. Bewunderung der neuen Standards.

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN SH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Juan Colomer (48) sorgt für saubere Züge

«Viele von uns haben Probleme mit dem Schlaf»

Pro Schicht putzen Juan Colomer und seine Kollegen im Bahnhof Zürich dreissig Züge und mehr. Der studierte Philosoph erklärt, warum es ihm nicht viel ausmacht, WC zu putzen. Und welchen Erfolg die SBB-Reiniger mit ihrer Gewerkschaft erzielt haben.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Was immer wieder schwierig sei an seinem Beruf, sagt Juan Colomer, seien die Gerüche. «Zum Beispiel Erbrochenes. Am Wochenende kommt das oft vor. Daran kann ich mich nicht gewöhnen, auch nach elf Jahren nicht.» Der 48jährige arbeitet im Hauptbahnhof Zürich als Wagenreiniger bei den SBB. Wie aufwendig er putzen muss, ist vom Fahrplan abhängig. In Zügen, die nicht lange Aufenthalt haben, reicht die Zeit nur fürs Gröbste: «Da nehmen wir Zeitungen und sichtbaren Abfall mit und leeren überfüllte Kübel. Die WC wischen wir kurz ab.»

Ausländische Züge wie TGV oder ICE bleiben dagegen meist rund eine Stunde in Zürich. Dann heisst es zusätzlich staubsaugen, die Tische abwischen und die WC gründlich reinigen. Noch aufwendiger ist die Arbeit in den Nachtdiensten: «Wir schieben die Sitze zurück und klappen alle Armlehnen hoch oder runter.» Was jetzt – hoch oder runter? Der Spanier lacht und sagt: «Das spielt keine Rolle. Es müssen einfach alle gleich sein.»

KALTE DUSCHE. Von aussen füllt er zudem bei jedem Zug die Wassertanks der Toiletten wieder auf. Diese Arbeit mache er gar nicht gern, sagt er. Denn je nach Zug passe der Schlauch nicht auf die Öffnung. «Wenn du da nicht aufpasst, wirst du pflotschnass. Im Sommer ist das ja okay, aber jetzt...»

Manchmal arbeitet er alleine, meist jedoch in Teams von bis zu zwölf Personen. Was immer wieder zu Diskussionen führe: Wer jetzt die WC putzen muss. «Fast alle sagen, sie hätten gestern, heute solle ein anderer.» Er selber mache das nicht ungern, sagt Colomer. Klar, der Anblick sei manchmal unappetitlich. Aber körperlich sei diese Aufgabe leichter als andere. Denn es ist ein harter Job. Beim Einsammeln von Abfall bückt er sich ständig. Beim Staubsaugen geht er regelmässig die weite Strecke zum Depot und zurück, um den Akku zu wechseln.

SCHLAFPROBLEME. Was ihm Mühe mache, seien die unregelmässigen Arbeitszeiten. Zwar hielten die SBB das Arbeitsgesetz und den GAV ein, «da sind sie strikt». Doch auch mit diesen Regeln sei die Erholungszeit oft kurz. Wenn zum Beispiel ein Dienst bis Mitternacht dauere und der

nächste um zehn Uhr morgens anfangen, dann seien das zwar zehn Stunden Ruhezeit. «Aber du musst heimfahren, duschen, essen, am Morgen wieder hinfahren... es wird knapp. Viele von uns haben Schlafprobleme. Ich auch.» Positiv sei dagegen die Planbarkeit: Im Dezember bekomme er jeweils den Einsatzplan fürs ganze nächste Jahr.

Als er 2009 in die Schweiz kam, fand er nur Arbeit als Temporärkraft in der Reinigung. Die Einsätze waren unregelmässig, sein Einkommen auch. Er machte einen Deutschkurs, und nach vier Jahren konnte er fix als Wagenreiniger anfangen. «Das war besser. Ein Vollzeitjob, unbefristet. Aber ich war immer noch vom Temporärbüro angestellt.» Es dauerte drei weitere Jahre, bis ihn die SBB direkt anstellten.

Anders als viele private Unternehmen haben die SBB die Reinigung nicht als Ganzes ausgelagert. Als SBB-Mitarbeiter erhält Colomer ein Generalabonnement, seine Wegzeiten sind bezahlt, und er ist durch den GAV geschützt. Seit ein paar Jahren setze die Bahn immer mehr auf Temporäre, sagt Colomer. Er schätzt, dass sie heute etwa die Hälfte der Reinigerinnen und Reiniger ausmachen. Er schüttelt den Kopf und sagt: «Wir sind zwei Klassen von Mitarbeitenden. Obwohl alle die gleiche Arbeit machen.»

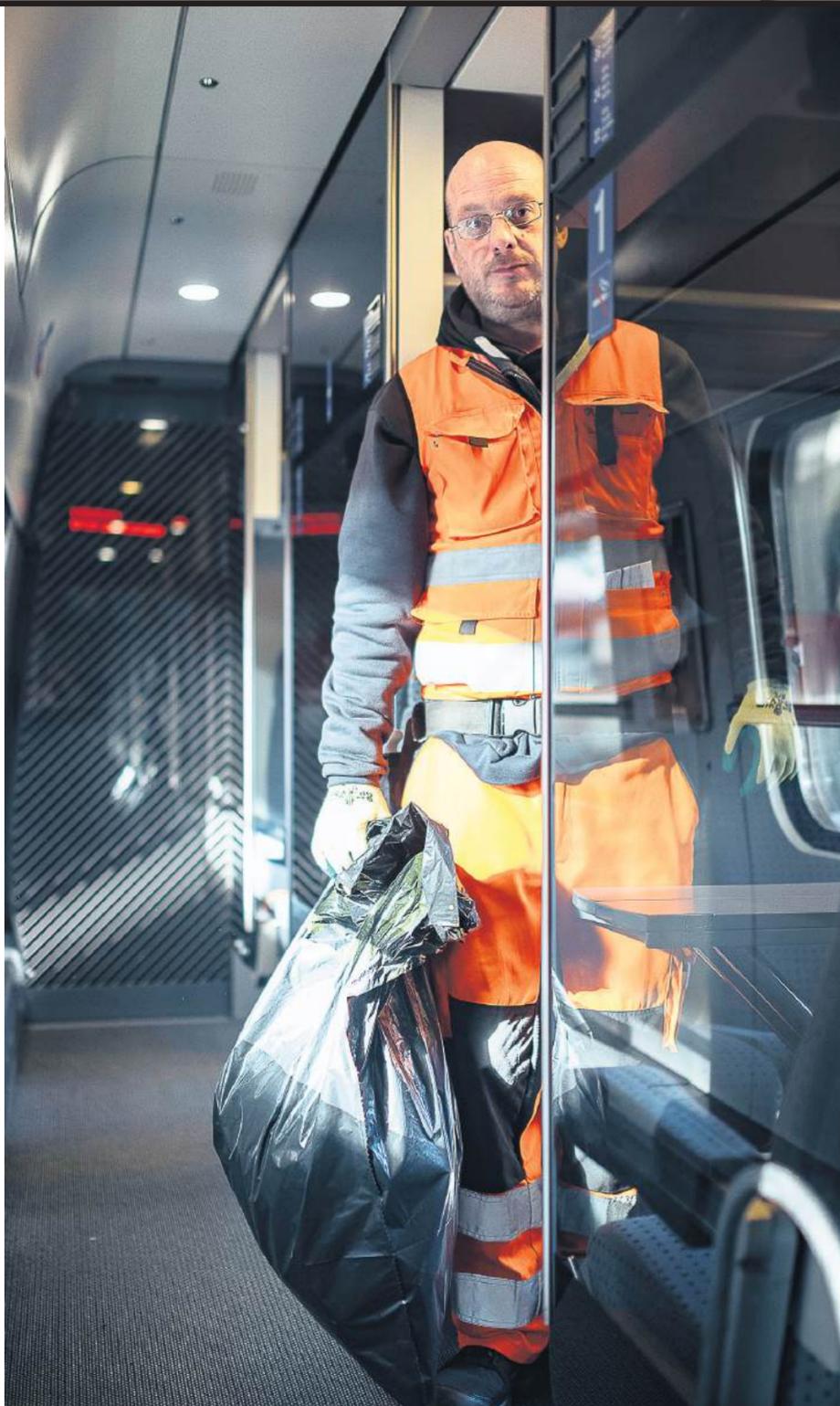
Sein Grundlohn liegt derzeit bei rund 4700 Franken brutto im Monat, plus Dreizehnter. Das sei nicht viel, sagt er, aber dazu kämen noch faire Zulagen: pro Stunde 6 Franken in der Nacht und 16 Franken am Sonntag. Plus pauschal

50 Franken im Monat fürs Reinigen der WC.

ERFOLG. Diese «Schmutzzulage» hatten die SBB 2019 abschaffen wollen. Doch die Mitarbeitenden wehrten sich, unterstützt vom SEV. Colomer: «Wir haben Unterschriften gesammelt und Fotos gemacht von verdreckten WC. Damit die Chefs sehen, wie wichtig unsere Arbeit ist.» Das wirkte. Rasch willigten die SBB zu Gesprächen ein, und die Zulage, bis dahin pro Stunde ausbezahlt, wurde in die heutige Pauschale umgewandelt. Ein guter Deal: Laut dem SEV zahlen die SBB jetzt in der

Summe sogar mehr Zulagen aus als unter dem alten System.

Kaum ist das Gespräch mit work beendet, trifft der Fotograf ein. Das Bild soll Colomer dort zeigen, wo er arbeitet: in einem leeren Zugwagen. Er zückt sein Handy. «Hier, der Railjet aus Österreich fährt erst in 40 Minuten. Gleis 12.» Doch schon nach wenigen Schritten stoppt ihn ein Passagier. Ob er ihm sagen könne, wo die Billettschalter seien. Freundlich gibt der Spanier Auskunft. Danach lacht er, zeigt auf seine Arbeitsjacke in leuchtendem Orange und sagt: «Wir sind ein Magnet.» Auch das ist Teil des Jobs.



JUAN COLOMER (48)

LIEBE UND LEIDENSCHAFT

Geboren und aufgewachsen ist Juan Colomer in Spanien. Dort hat er ein Philosophiestudium abgeschlossen. «Das war meine Leidenschaft», sagt er, «schon in der Schule.» In die Schweiz kam er wegen der Liebe zu einer Frau. Die Beziehung ging auseinander, derzeit genießt er das Leben als Single, am Wochenende geht er gern in Zürich in den Ausgang oder spielt das Videogame «Zombie Survival».

TRADITION. Mit Überzeugung ist er bei der Gewerkschaft SEV dabei, im Vorstand des Zürcher Unterverbandes Rangier/Clean. Zudem vertritt er seine Kolleginnen und Kollegen in der regionalen SBB-Personalkommission der Reinigung. Das Engagement sei Familientradition, sagt er: Schon sein Vater, Arbeiter in einer Gitarren-Manufaktur, war aktiver Gewerkschafter. Colomer sagt: «Am ersten Arbeitstag bei den SBB habe ich gefragt: Wer ist unsere Gewerkschaft?»



DAILY-BUSINESS: Juan Colomer pendelt zwischen den Zugabteilen und dem Depot am Zürcher Hauptbahnhof.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, David Gallusser, Laura Gonzalez, Antoine Grosjean, Marie-Josée Kuhn, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold, sekreterariat@workzeitung.ch; Fabienne Jallil, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallil, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.